



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2011/2069(INI)

25.7.2012

ÄNDERUNGSANTRÄGE 201 - 459

Entwurf eines Berichts
Monika Flašíková Beňová
(PE489.625v01-00)

zur Lage der Grundrechte in der Europäischen Union (2010–2011)
(2011/2069(INI))

AM910031DE.doc

PE494.582v01-00

DE

In Vielfalt geeint

DE

AM_Com_NonLegReport

Änderungsantrag 201
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 18 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

***18b. bedauert, dass den Roma
angehörnde Bürger kollektiven
Ausweisungsmaßnahmen der
Mitgliedstaaten ausgesetzt sind und
missbilligt die verhaltene Reaktion der
Kommission in bestimmten Fällen;***

Or. en

Änderungsantrag 202
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 18 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

***18b. bedauert, dass den Roma
angehörnde Bürger kollektiven
Ausweisungsmaßnahmen der
Mitgliedstaaten ausgesetzt sind und
missbilligt die verhaltene Reaktion der
Kommission in bestimmten Fällen;***

Or. en

Änderungsantrag 203
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag

Geänderter Text

19. fordert die Kommission auf, die **konkreten Ergebnisse des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma und die Fortschritte in den einzelnen Mitgliedstaaten zu bewerten;**

19. **begrüßt die Bewertung der nationalen Strategien zur Integration der Roma durch die Kommission, die die Bemühungen bestimmter Mitgliedstaaten, aber vor allem zahlreiche Lücken in den meisten der Kommission vorgelegten Strategien feststellt;** fordert die Kommission auf, **Maßnahmen zu ergreifen, damit die festgestellten Lücken schnell beseitigt werden, um die Situation der Roma in der Union schnell zu verbessern und den Antiziganismus zu beenden;**

Or. fr

Änderungsantrag 204
Ioan Enciu

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag

19. fordert die Kommission auf, **die konkreten Ergebnisse des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma und die Fortschritte in den einzelnen Mitgliedstaaten zu bewerten;**

Geänderter Text

19. **ist unzufrieden mit der allgemeinen Qualität der von den Mitgliedstaaten vorgelegten nationalen Strategien zur Integration der Roma und** fordert die Kommission auf, **Vorschläge zu ihrer Verbesserung zu unterbreiten, um den im EU-Rahmen gesetzten Zielen für nationale Strategien zur Integration der Roma besser entsprechen zu können;**

Or. ro

Änderungsantrag 205
Livia Járóka

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag

Geänderter Text

19. fordert die Kommission auf, die konkreten Ergebnisse des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma und die Fortschritte in den einzelnen Mitgliedstaaten zu bewerten;

19. **begrüßt die durch die Kommission vorgenommene Bewertung der nationalen Strategien zur Integration der Roma und fordert die Kommission auf, die konkreten Ergebnisse des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma, die finanzielle Durchführbarkeit und die Nachhaltigkeit dieser Strategien sowie die Fortschritte in den einzelnen Mitgliedstaaten in ihren jährlichen Berichten an das Parlament und den Rat zu bewerten;**

Or. en

Änderungsantrag 206
Mario Borghezio

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag

20. fordert die Mitgliedstaaten auf, eine effektive Antwort auf die Ausgrenzung **der Roma** zu geben, **indem integrierte Maßnahmen in Zusammenarbeit mit Vertretern der Roma-Bevölkerung entwickelt werden, so dass deren volle Beteiligung gewährleistet wird, und indem alle verfügbaren EU-Finanzmittel genutzt werden;**

Geänderter Text

20. fordert die Mitgliedstaaten auf, eine effektive Antwort auf die Ausgrenzung zu geben;

Or. it

Änderungsantrag 207
Ioan Enciu

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag

20. **fordert die Mitgliedstaaten auf, eine**

Geänderter Text

20. **unterstreicht die Wichtigkeit der**

effektive Antwort auf die Ausgrenzung der Roma zu geben, indem integrierte Maßnahmen in Zusammenarbeit mit Vertretern der Roma-Bevölkerung entwickelt werden, so dass deren volle Beteiligung gewährleistet wird, und indem alle verfügbaren EU-Finanzmittel genutzt werden;

Umsetzung der nationalen Strategien zur Integration der Roma, die auf lokaler Ebene zu verwirklichen sind, indem integrierte Maßnahmen entwickelt werden, die in Einklang mit den europäischen Rahmenregelungen die lokalen Behörden, den Nichtregierungssektor und die Roma-Gemeinschaften in einen ständigen Dialog einbeziehen;

Or. ro

Änderungsantrag 208
Livia Járóka

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag

20. fordert die Mitgliedstaaten auf, eine effektive Antwort auf die Ausgrenzung der Roma zu geben, indem *integrierte Maßnahmen* in Zusammenarbeit mit Vertretern der Roma-Bevölkerung entwickelt werden, so dass deren volle Beteiligung gewährleistet wird, und indem alle verfügbaren EU-Finanzmittel genutzt werden;

Geänderter Text

20. fordert die Mitgliedstaaten auf, eine effektive Antwort auf die Ausgrenzung der Roma zu geben, indem in Zusammenarbeit mit Vertretern der Roma-Bevölkerung *integrierte Maßnahmen* entwickelt *und die in ihren nationalen Strategien zur Integration der Roma dargelegten Maßnahmen umgesetzt* werden, so dass deren volle Beteiligung *auch in der Verwaltung, Überwachung und Bewertung der ihre Bevölkerungsgruppe betreffenden Projekte* gewährleistet wird, und indem alle verfügbaren EU-Finanzmittel genutzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 209
Debora Serracchiani

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20a. fordert die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, mit denen nicht nur alle Formen der Diskriminierung in Verbindung mit kultureller oder religiöser Vielfalt bekämpft werden, sondern auch solche, die sich gegen Sprecher von Minderheitensprachen richten;

Or. it

**Änderungsantrag 210
Mario Borghezio**

**Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20a. fordert die Mitgliedstaaten auf, die erzielten Ergebnisse der Maßnahmen zu dokumentieren, die ergriffen wurden, um das Recht der Sprecher von Minderheitensprachen auf die Verwendung ihrer Sprache zu schützen;

Or. it

**Änderungsantrag 211
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber**

**Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20a. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die notwendigen Gesetzesänderungen in Bezug auf die Sterilisation vorzunehmen und die Opfer von an Roma-Frauen und Frauen mit geistigen Behinderungen

*vorgenommenen Zwangssterilisierungen
entsprechend der Rechtsprechung des
Europäischen Gerichtshofs für
Menschenrechte zu entschädigen;*

Or. en

Änderungsantrag 212
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*20a. ist alarmiert über die Zunahme von
Hassrede und Stigmatisierung in Bezug
auf Minderheiten und bestimmten
Personengruppen sowie über den
wachsenden Einfluss dieser
Erscheinungen in den Medien und in
zahlreichen politischen Bewegungen und
Parteien mit Verantwortung auf höchstem
politischen Niveau in bestimmten
Mitgliedstaaten, was unter anderem zu
restriktiver Gesetzgebung geführt hat;*

Or. fr

Änderungsantrag 213
Kinga Gál, Edit Bauer

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*20a. fordert die Mitgliedstaaten auf,
angemessene Maßnahmen zu ergreifen,
um in allen Bereichen des
wirtschaftlichen, sozialen, politischen und
kulturellen Lebens die tatsächliche
Gleichheit zwischen den Angehörigen
einer nationalen Minderheit und den*

Angehörigen der Mehrheit zu fördern, indem in dieser Hinsicht die besonderen Bedingungen der Angehörigen nationaler Minderheiten in gebührender Weise berücksichtigt werden; weist auf die Widersprüche bei den Maßnahmen in Bezug auf nationale Minderheiten hin; weist ferner darauf hin, dass der Schutz von Minderheiten zwar Teil der Kopenhagener Kriterien ist, es aber keinen Standard für Minderheitenrechte in der Gemeinschaftspolitik gibt;

Or. en

Änderungsantrag 214
Edit Bauer

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20a. betont die Tatsache, dass Minderheitenrechte Teil der grundlegenden Menschenrechte sind und ist der Ansicht, dass es notwendig ist, zwischen (nationalen) Minderheiten, Zuwanderern und Asylsuchenden klar zu unterscheiden;

Or. en

Änderungsantrag 215
Sylvie Guillaume

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20a. ist der Ansicht, dass der Kampf gegen Diskriminierung von Roma verstärkt in Zusammenarbeit mit den

Roma erfolgen muss, deren Vertreter am besten den mangelnden Zugang zum Recht auf Arbeit, Bildung, Wohnraum, Gesundheit, Waren und Dienstleistungen bezeugen und Lösungen zu dessen Beseitigung finden können;

Or. fr

**Änderungsantrag 216
Tatjana Zdanoka**

**Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20a. fordert die Mitgliedstaaten auf, die hohe Arbeitslosigkeit unter den Angehörigen der Minderheiten, insbesondere den Roma, zu bekämpfen, indem Hindernisse beim Zugang zu Beschäftigung beseitigt werden;

Or. en

**Änderungsantrag 217
Kinga Göncz**

**Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20a. fordert die Mitgliedstaaten auf, räumliche Ausgrenzung, Zwangsräumungen und Obdachlosigkeit, unter denen die Roma leiden, zu beseitigen, indem eine wirksame und transparente Wohnungspolitik geschaffen und die Kriminalisierung der Obdachlosigkeit vermieden wird;

Or. en

Änderungsantrag 218
Livia Járóka

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20a. fordert die Mitgliedstaaten auf, ausreichende Haushaltsmittel für die Umsetzung der Ziele ihrer nationalen Strategien zur Integration der Roma bereitzustellen; fordert den Rat auf, die Vorschläge der Kommission und des Parlaments zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen zu unterstützen und anzunehmen, insbesondere diejenigen, die es dem Europäische Sozialfonds und dem Europäische Fonds für Regionale Entwicklung ermöglichen, einen besseren Beitrag zur sozialen Inklusion der Roma zu leisten, indem die Palette der Ex-ante-Konditionalitäten erweitert wird, um die Entwicklung der nationalen Strategien und die Darstellung der territorialen Konzentration der Armut einzubeziehen;

Or. en

Änderungsantrag 219
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 20 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20b. fordert die Mitgliedstaaten auf, räumliche Ausgrenzung, Zwangsräumungen und Obdachlosigkeit, unter denen die Roma leiden, zu beseitigen, indem eine wirksame und transparente Wohnungspolitik geschaffen wird;

Änderungsantrag 220
Mario Borghezio

Entschließungsantrag
Ziffer 20 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20b. fordert die tatsächliche Anerkennung des Rechts von Angehörigen ethnisch-sprachlicher Minderheiten, Radio- und Fernsehprogramme in ihrer eigenen Sprache zu produzieren sowie in regionalen und nationalen Kanälen auszustrahlen;

Or. it

Änderungsantrag 221
Kinga Gál, Edit Bauer

Entschließungsantrag
Ziffer 20 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20b. ist der Ansicht, dass es zwar keine einheitliche Lösung für die Verbesserung der Lage der nationalen Minderheiten in allen Mitgliedstaaten gibt, jedoch unter Berücksichtigung der einschlägigen internationalen Rechtsvorschriften und der bestehenden bewährten Verfahren einige gemeinsame und Mindestziele für die öffentlichen Behörden in der EU entwickelt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 222

Edit Bauer

**Entschließungsantrag
Ziffer 20 b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20b. fordert die Kommission auf, einen politischen Standard für den Schutz nationaler Minderheiten festzulegen;

Or. en

**Änderungsantrag 223
Tatjana Ždanoka**

**Entschließungsantrag
Ziffer 20 b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20b. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Bildungssysteme zu reformieren, um den Bedürfnissen der Minderheiten, einschließlich der Roma-Kinder, entgegenzukommen, und die Segregation im Bildungswesen abzubauen, wobei die in vielen Mitgliedstaaten bestehende Bildung in Minderheitensprachen unberührt bleibt;

Or. en

**Änderungsantrag 224
Kinga Göncz**

**Entschließungsantrag
Ziffer 20 b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20b. fordert die Mitgliedstaaten auf, die hohe Arbeitslosigkeit unter den Roma zu bekämpfen, indem Hindernisse beim

Zugang zu Beschäftigung beseitigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 225
Livia Járóka

Entschließungsantrag
Ziffer 20 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20b. fordert die Kommission auf, ihre Anstrengungen um die Einbeziehung der Beitrittsländer in ihre Bemühungen um die soziale Inklusion der Roma zu verstärken, wie auch das Instrument für Heranführungshilfe zu nutzen und die Beitrittsländer durch den Mechanismus des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses entsprechend anzuhalten;

Or. en

Änderungsantrag 226
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 20 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20c. fordert die Mitgliedstaaten auf, die hohe Arbeitslosigkeit unter den Roma zu bekämpfen, indem Hindernisse beim Zugang zu Beschäftigung beseitigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 227
Mario Borghezio

Entschließungsantrag
Ziffer 20 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20c. beharrt darauf, dass rasch gezielte Maßnahmen ergriffen werden müssen, um ethnisch-sprachliche Minderheiten dabei zu unterstützen, dass ihre wertvolles kulturelles, literarisches, historisches und künstlerisches Erbe nicht verschwindet;

Or. it

Änderungsantrag 228
Kinga Gál, Edit Bauer

Entschließungsantrag
Ziffer 20 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20c. schlägt vor, vertrauensbildende Maßnahmen, das Zusammenleben von Gemeinschaften, die traditionellerweise Seite an Seite leben, zu fördern, indem die jeweils andere Identität sowie regionale Identität, die jeweils andere Sprache in beide Richtungen sowie die Geschichte, das Kulturerbe und die Kultur der anderen vermittelt und kennengelernt werden, um ein besseres Verständnis und eine größere Achtung der Vielfalt zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 229
Edit Bauer

Entschließungsantrag

Ziffer 20 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20c. weist darauf hin, dass die jüngsten und zukünftigen Erweiterungen zu einer immer größeren Zahl von Mitgliedstaaten geführt hat bzw. führen wird, die von kultureller und sprachlicher Vielfalt gekennzeichnet sind; ist daher der Ansicht, dass die EU eine besondere Verantwortung für die Sicherung der Rechte der Minderheiten hat;

Or. en

**Änderungsantrag 230
Kinga Göncz**

**Entschließungsantrag
Ziffer 20 c (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20c. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Bildungssysteme zu reformieren, um den Bedürfnissen der Roma-Kinder entgegenzukommen und die Segregation im Bildungswesen abzubauen;

Or. en

**Änderungsantrag 231
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber**

**Entschließungsantrag
Ziffer 20 d (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20d. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Bildungssysteme zu reformieren, um den Bedürfnissen der Roma-Kinder entgegenzukommen und die Segregation

im Bildungswesen abzubauen;

Or. en

Änderungsantrag 232
Kinga Gál, Edit Bauer

Entschließungsantrag
Ziffer 20 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20d. ist der Auffassung, dass eine effektive Beteiligung an Entscheidungsprozessen auf der Grundlage der Prinzipien der Subsidiarität und Selbstverwaltung eines der wirkungsvollsten Mittel darstellt, um die Probleme nationaler Minderheiten nach dem Vorbild bewährter Praktiken innerhalb der Union zu behandeln;

Or. en

Änderungsantrag 233
Edit Bauer

Entschließungsantrag
Ziffer 20 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20d. ist der Ansicht, dass traditionelle Gemeinschaften nationaler Minderheiten einen besonderen Beitrag zur europäischen Kultur leisten, so dass staatliche Maßnahmen stärker auf ihren Schutz ausgerichtet sein sollten und die Union selbst diesen Bedürfnissen in angemessenerer Art und Weise entgegenkommen muss;

Or. en

Änderungsantrag 234
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 20 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20d. bekräftigt seine Forderung nach einer gezielten Herangehensweise an die soziale Inklusion der Roma-Frauen, um Mehrfachdiskriminierung und ethnische Ausgrenzung zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 235
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 20 e (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

20e. bekräftigt seine Forderung nach einer gezielten Herangehensweise an die soziale Inklusion der Roma-Frauen, um Mehrfachdiskriminierung und ethnische Ausgrenzung zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 236
Antigoni Papadopoulou

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 4

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Chancengleichheit

Gleichstellung von Frauen und Männern und Rechte der Frau

Or. en

Änderungsantrag 237
Sophia in 't Veld, Renate Weber

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 4

Entschließungsantrag

Chancengleichheit

Geänderter Text

Gleichstellung von Frauen und Männern

Or. en

Änderungsantrag 238
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 4

Entschließungsantrag

Chancengleichheit

Geänderter Text

Gleichstellung von Frauen und Männern

Or. en

Änderungsantrag 239
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 4

Entschließungsantrag

Chancengleichheit

Geänderter Text

Chancengleichheit *und soziale Rechte*

Or. fr

Änderungsantrag 240
Antigoni Papadopoulou

**Entschließungsantrag
Ziffer 21**

Entschließungsantrag

21. bedauert die geringe Wirkung von Initiativen der EU und nationalen Initiativen im Bereich der Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, insbesondere im Beschäftigungsbereich;

Geänderter Text

21. bedauert die geringe Wirkung von Initiativen der EU und nationalen Initiativen im Bereich der Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, insbesondere im Beschäftigungsbereich; **fordert die Mitgliedstaaten auf, in ihren nationalen Reformprogrammen und Aktionsplänen für die Geschlechtergleichstellung spezielle Beschäftigungsziele und -strategien festzulegen, um zu gewährleisten, dass Frauen und Männer gleichen dauerhaften Zugang zum Arbeitsmarkt haben, ist der Ansicht, dass diese Ziele mit Blick auf die Beseitigung des verankerten geschlechtsspezifischen Lohn- und Rentengefülls die anhaltende Konzentration von Frauen in Teilzeit, im Niedriglohnsektor und in prekären Beschäftigungsverhältnissen gerichtet sein und ausreichende Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf einschließlich Betreuungsangebote hoher Qualität für Kinder und andere hilfebedürftige Angehörige gewährleisten müssen;**

Or. en

**Änderungsantrag 241
Edit Bauer**

**Entschließungsantrag
Ziffer 21**

Entschließungsantrag

21. bedauert die geringe Wirkung von Initiativen der EU und nationalen Initiativen im Bereich der Ungleichheiten

Geänderter Text

21. bedauert die geringe Wirkung von Initiativen der EU und nationalen Initiativen im Bereich der Ungleichheiten

zwischen Männern und Frauen,
insbesondere im Beschäftigungsbereich;

zwischen Männern und Frauen,
insbesondere im Beschäftigungsbereich
**und fordert die Mitgliedstaaten auf,
Maßnahmen für die bessere Vereinbarkeit
von Familie und Beruf für alle Frauen
jeden Alters zu ergreifen;**

Or. en

Änderungsantrag 242
Mariya Gabriel

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag

21. bedauert die geringe Wirkung von
Initiativen der EU und nationalen
Initiativen im Bereich der Ungleichheiten
zwischen Männern und Frauen,
insbesondere **im Beschäftigungsbereich;**

Geänderter Text

21. bedauert die geringe Wirkung von
europäischen und nationalen **Kampagnen**
und Initiativen im Bereich der
Ungleichheiten zwischen Männern und
Frauen, insbesondere **was den**
Arbeitsmarkt und die Vertretung der
Frauen in Entscheidungspositionen
anbelangt;

Or. fr

Änderungsantrag 243
Anna Hedh, Britta Thomsen, Jean Lambert

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag

**21a. fordert die Mitgliedstaaten auf, in
ihren nationalen Reformprogrammen
besondere Beschäftigungsziele
festzulegen, um zu gewährleisten, dass
Frauen und Männer gleichen
dauerhaften Zugang zum Arbeitsmarkt
haben, ist der Ansicht, dass diese Ziele mit
Blick auf die Beseitigung des verankerten**

geschlechtsspezifischen Lohn- und Rentengefüllen die anhaltende Konzentration von Frauen in Teilzeit, im Niedriglohnssektor und in prekären Beschäftigungsverhältnissen gerichtet sein und ausreichende Möglichkeiten für Betreuungsangebote hoher Qualität für Kinder und andere hilfebedürftige Angehörige gewährleistet sein müssen;

Or. en

Änderungsantrag 244
Antigoni Papadopoulou

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

21a. ist der Ansicht, dass die Unterrepräsentation von Frauen in politischen Entscheidungsprozessen ein Mangel in Bezug auf Grundrechte und Demokratie darstellt; begrüßt die positiven Maßnahmen, die in einigen Mitgliedstaaten eingeführt worden sind, wie die gesetzlichen Paritätssysteme und Geschlechterquoten als wesentliche gute Verfahren und fordert die Mitgliedstaaten mit besonders geringem Anteil von Frauen im politischen Leben auf, die Verabschiedung solcher Maßnahmen ebenfalls in Betracht zu ziehen;

Or. en

Änderungsantrag 245
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

21a. ist zutiefst besorgt über die Zunahme von Ungleichheiten und die extreme Armut aufgrund der sozialen Konsequenzen der Wirtschafts- und Finanzkrise; betont, dass diese fragilen Situationen insbesondere die Kinder, die Frauen und die älteren Menschen betreffen, und dass sie zu zahlreichen Verletzungen der Menschenrechte führen, insbesondere im Bereich der Beschäftigung, Wohnung, Gesundheit, Bildung, Kultur, Justiz usw.; stellt fest, dass die Diskriminierungen häufig Mehrfachdiskriminierungen sind und sie einen Angriff auf die Würde und die Gleichheit der Rechte jedes Einzelnen darstellen, wie sie insbesondere in Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte anerkannt sind;

Or. fr

**Änderungsantrag 246
Edit Bauer**

**Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

21a. weist darauf hin, dass Frauen trotz der bestehenden Antidiskriminierungsgesetze in verschiedenen Bereichen des täglichen Lebens auch weiterhin diskriminiert werden; und stellt tief enttäuscht fest, dass nach 40 Jahren Gesetzgebung das geschlechtsspezifische Lohngefälle fast unverändert weiterbesteht;

Or. en

Änderungsantrag 247
Antigoni Papadopoulou

Entschließungsantrag
Ziffer 21 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

21b. ist der Ansicht, dass Gewalt gegen Frauen die am weitesten verbreitete Verletzung von Menschenrechten von Mädchen und Frauen weltweit, auch in der EU, ist; fordert die Kommission auf, das Jahr 2015 zum Jahr des Kampfes für die Beendigung der Gewalt gegen Frauen zu erklären, und eine entsprechende EU-weite Strategie für die Beendigung der Gewalt gegen Frauen vorzulegen, wie dies in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom März 2010 angekündigt wurde und die rechtsverbindliche Maßnahmen, Sensibilisierungsmaßnahmen, Datenerhebung und Mittelbereitstellung für nichtstaatliche Frauenorganisationen umfasst;

Or. en

Änderungsantrag 248
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 21 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

21b. stellt fest, dass die gegenwärtige Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Europäischen Union schwerwiegende Folgen für die gewerkschaftlichen Rechte, die Arbeitsbedingungen und das Einkommen sowie den sozialen Schutz der Arbeitnehmer haben; betont, dass , wie von Herrn SOMAVIA, Generaldirektor der IAO vor dem

*Europäisches Parlament am
20. September 2011 erläutert, die
Wirtschafts-, Finanz- und Sozialkrise kein
Grund sein darf, um die Lohn- und
Sozialrechte zu untergraben, der auch
daran erinnerte, dass das Recht auf Arbeit
und der Schutz der Einzelnen sowie die
Verbesserung der Lebensbedingungen
und des Wohlergehens der Menschen Teil
der Werte sind, auf denen die
Europäische Union aufbaut;*

Or. fr

Änderungsantrag 249
Antigoni Papadopoulou

Entschließungsantrag
Ziffer 21 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*21c. bekräftigt seinen Standpunkt zu
Rechten im Bereich der sexuellen und
reproduktiven Gesundheit, den es in
seinen Entschließungen vom 10. Februar
2010¹ und 8. März 2011² zur
Gleichstellung von Frauen und Männern
in der Europäischen Union – 2009 bzw.
2010 – vertreten hat; äußert Bedenken
gegen jüngste Beschränkungen des
Zugangs zu Diensten im Bereich der
sexuellen und reproduktiven Gesundheit
in einigen Mitgliedstaaten, insbesondere
in Bezug auf sicheren und legalen
Schwangerschaftsabbruch,
Sexualerziehung und
Finanzierungseinschnitte bei der
Familienplanung;*

¹ P7_TA(2010)0021.

² P7_TA(2011)0085.

Or. en

Änderungsantrag 250
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

22a. fordert die Organe der EU auf, die Umsetzung des UN-Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) im Rechtsrahmen der EU zu prüfen;

Or. en

Änderungsantrag 251
Anna Hedh, Britta Thomsen, Jean Lambert

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

22a. fordert die EU auf, die Politik, die die Abhängigkeit zwischen Familienmitgliedern im Rahmen von Familienzusammenführungen schafft, zu beenden, und fordert EU und ihre Mitgliedstaaten auf, Migrantinnen einen eigenen Aufenthaltsstatus zu gewähren, insbesondere in Fällen häuslicher Gewalt;

Or. en

Änderungsantrag 252
Sophia in 't Veld, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

22a. bekräftigt seinen Standpunkt zu Rechten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, den es in seinen Entschliefungen vom 8. März 2011¹ und 13. März 2012² zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union – 2011 bzw. 2010 – vertreten hat; äußert Bedenken gegen jüngste Beschränkungen des Zugangs zu Diensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit in einigen Mitgliedstaaten, insbesondere in Bezug auf sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch, Sexualerziehung und Finanzierungseinschnitte bei der Familienplanung;

¹ P7_TA(2011)0085.

² P7_TA(2012)0069.

Or. en

Änderungsantrag 253

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschliefungsantrag

Ziffer 22 b (neu)

Entschliefungsantrag

Geänderter Text

22b. fordert die Mitgliedstaaten auf, durch wirksame Maßnahmen für den Schutz von schwangeren Arbeitnehmerinnen und Frauen im Mutterschaftsurlaub zu sorgen;

Or. en

Änderungsantrag 254

Anna Hedh, Britta Thomsen

Entschliefungsantrag

Ziffer 22 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

22b. ist der Ansicht, dass die Unterrepräsentation von Frauen in politischen Entscheidungsprozessen eine Frage der Grundrechte und Demokratie darstellt; begrüßt die gesetzlichen Paritätssysteme und Geschlechterquoten, die in Frankreich, Spanien, Belgien, Slowenien, Portugal und Polen eingeführt worden sind, und fordert die Mitgliedstaaten mit besonders geringem Anteil von Frauen in politischen Vertretungen auf, die Einführung rechtlich verbindlicher Maßnahmen in Betracht zu ziehen;

Or. en

Änderungsantrag 255

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 22 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

22c. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Frage der Gewalt gegen Frauen, häuslicher Gewalt und sexueller Ausbeutung in allen ihren Formen anzugehen und den Menschenhandel zu bekämpfen;

Or. en

Änderungsantrag 256

Anna Hedh, Britta Thomsen

Entschließungsantrag

Ziffer 22 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

22c. ist der Ansicht, dass Gewalt gegen Frauen die am weitesten verbreitete Verletzung von Menschenrechten von Mädchen und Frauen weltweit, auch in der EU, ist; fordert die Kommission auf, das Jahr 2015 zum Jahr des Kampfes für die Beendigung der Gewalt gegen Frauen zu erklären, und eine entsprechende EU-weite Strategie für die Beendigung der Gewalt gegen Frauen vorzulegen, wie dies in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom März 2010 angekündigt wurde und die rechtsverbindliche Maßnahmen, Sensibilisierungsmaßnahmen, Datenerhebung und Mittelbereitstellung für nichtstaatliche Organisationen umfasst;

Or. en

Änderungsantrag 257

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 22 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

22d. fordert die Mitgliedstaaten auf, dass in nationalen Aktionsplänen Mehrfachdiskriminierung berücksichtigt und für den Schutz von Frauen, die ethnischen Minderheiten angehören sowie Migrantinnen Sorge getragen wird;

Or. en

Änderungsantrag 258

Anna Hedh, Britta Thomsen, Jean Lambert

**Entschließungsantrag
Ziffer 22 d (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

22d. bekräftigt seinen Standpunkt zu Rechten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, den es in seinen Entschließungen vom 10. Februar 2010¹ und 8. März 2011² zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Europäischen Union – 2009 bzw. 2010 – vertreten hat; äußert Bedenken gegen jüngste Beschränkungen des Zugangs zu Diensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit in einigen Mitgliedstaaten, insbesondere in Bezug auf sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch, Sexualerziehung und Finanzierungseinschnitte bei der Familienplanung;

¹ P7_TA(2010)0021.

² P7_TA(2011)0085.

Or. en

**Änderungsantrag 259
Anna Záborská**

**Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 5**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

**Sexuelle Ausrichtung *und*
Geschlechtsidentität**

Sexuelle Ausrichtung

Or. en

**Änderungsantrag 260
Anna Záborská**

**Entschließungsantrag
Ziffer 23**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

23. fordert die Mitgliedstaaten auf, Hassverbrechen gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen zu registrieren und zu untersuchen und strafrechtliche Bestimmungen anzunehmen, mit denen Hassaufrufe aufgrund der sexuellen Ausrichtung und Geschlechtsidentität verboten werden;

entfällt

Or. en

**Änderungsantrag 261
Lorenzo Fontana**

**Entschließungsantrag
Ziffer 23**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

23. fordert die Mitgliedstaaten auf, Hassverbrechen gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen zu registrieren und zu untersuchen und strafrechtliche Bestimmungen anzunehmen, mit denen Hassaufrufe aufgrund der sexuellen Ausrichtung und Geschlechtsidentität verboten werden;

entfällt

Or. en

**Änderungsantrag 262
Mario Borghezio**

**Entschließungsantrag
Ziffer 23**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

23. fordert die Mitgliedstaaten auf,

23. fordert die Mitgliedstaaten auf,

Hassverbrechen gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen zu registrieren und zu untersuchen **und strafrechtliche Bestimmungen anzunehmen, mit denen Hassaufrufe aufgrund der sexuellen Ausrichtung und Geschlechtsidentität verboten werden;**

Hassverbrechen gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender-Personen zu registrieren und zu untersuchen;

Or. it

**Änderungsantrag 263
Mario Borghezio**

**Entschließungsantrag
Ziffer 24**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

24. fordert die Kommission auf, eine Neufassung des Rahmenbeschlusses des Rates zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, einschließlich anderer Formen willkürlicher Gewalt, unter anderem aus Gründen der sexuellen Ausrichtung, der Geschlechtsidentität und des Ausdrucks der Geschlechtlichkeit, vorzuschlagen;

entfällt

Or. it

**Änderungsantrag 264
Lorenzo Fontana**

**Entschließungsantrag
Ziffer 24**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

24. fordert die Kommission auf, eine Neufassung des Rahmenbeschlusses des Rates zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit,

entfällt

einschließlich anderer Formen willkürlicher Gewalt, unter anderem aus Gründen der sexuellen Ausrichtung, der Geschlechtsidentität und des Ausdrucks der Geschlechtlichkeit, vorzuschlagen;

Or. en

Änderungsantrag 265
Anna Záborská

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag

24. fordert die **Kommission** auf, *eine Neufassung des Rahmenbeschlusses des Rates zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, einschließlich anderer Formen willkürlicher Gewalt, unter anderem aus Gründen der sexuellen Ausrichtung, der Geschlechtsidentität und des Ausdrucks der Geschlechtlichkeit, vorzuschlagen;*

Geänderter Text

24. fordert die **Mitgliedstaaten** auf, *den Rahmenbeschluss* des Rates zur strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit *umzusetzen und den wirklichen Bedarf der Verbesserung durch neue Rechtsakte der EU zu prüfen;*

Or. en

Änderungsantrag 266
Anna Záborská

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag

25. fordert die **Mitgliedstaaten** auf, *einen nationalen Rechtsrahmen anzunehmen, um gegen Diskriminierungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen und gleichgeschlechtlichen Paaren aus Gründen ihrer sexuellen Ausrichtung oder Geschlechtsidentität*

entfällt

Geänderter Text

vorzugehen, und fordert sie auf, die wirksame Anwendung des geltenden EU-Rechtsrahmens und der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zu gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 267
Lorenzo Fontana

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag

Geänderter Text

25. fordert die Mitgliedstaaten auf, einen nationalen Rechtsrahmen anzunehmen, um gegen Diskriminierungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen und gleichgeschlechtlichen Paaren aus Gründen ihrer sexuellen Ausrichtung oder Geschlechtsidentität vorzugehen, und fordert sie auf, die wirksame Anwendung des geltenden EU-Rechtsrahmens und der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zu gewährleisten;

entfällt

Or. en

Änderungsantrag 268
Mario Borghezio

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag

Geänderter Text

25. fordert die Mitgliedstaaten auf, einen nationalen Rechtsrahmen anzunehmen, um gegen Diskriminierungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen und gleichgeschlechtlichen

25. fordert die Mitgliedstaaten auf, einen nationalen Rechtsrahmen anzunehmen, um gegen Diskriminierungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen und gleichgeschlechtlichen

Paaren aus Gründen ihrer sexuellen Ausrichtung oder Geschlechtsidentität vorzugehen, **und fordert sie auf, die wirksame Anwendung des geltenden EU-Rechtsrahmens und der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zu gewährleisten;**

Paaren aus Gründen ihrer sexuellen Ausrichtung oder Geschlechtsidentität vorzugehen;

Or. it

Änderungsantrag 269

Monika Flašíková Beňová, Michael Cashman, Sophia in 't Veld, Raúl Romeva i Rueda, Renate Weber, Ulrike Lunacek

im Namen der ALDE-Fraktion

Entschließungsantrag Ziffer 25

Entschließungsantrag

25. fordert die Mitgliedstaaten auf, einen nationalen Rechtsrahmen anzunehmen, um gegen Diskriminierungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen und gleichgeschlechtlichen Paaren aus Gründen ihrer sexuellen Ausrichtung oder Geschlechtsidentität vorzugehen, und fordert sie auf, die wirksame Anwendung des geltenden EU-Rechtsrahmens und der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zu gewährleisten;

Geänderter Text

25. fordert die Mitgliedstaaten auf, einen nationalen Rechtsrahmen anzunehmen, um gegen Diskriminierungen von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen und gleichgeschlechtlichen Paaren aus Gründen ihrer sexuellen Ausrichtung oder Geschlechtsidentität vorzugehen, und fordert sie auf, die wirksame Anwendung des geltenden EU-Rechtsrahmens und der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union zu gewährleisten¹;

¹ **Rechtssache C-147/08, Jürgen Römer/Freie und Hansestadt Hamburg; Rechtssache C-267/06, Tadao Maruko/Versorgungsanstalt der deutschen Bühnen.**

Or. en

Änderungsantrag 270

Monika Flašíková Beňová, Michael Cashman, Sophia in 't Veld, Raül Romeva i Rueda, Renate Weber, Ulrike Lunacek

im Namen der ALDE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

25a. begrüßt die Vorschläge der Kommission zur Zuständigkeit und dem anzuwendenden Recht in Bezug auf die güterrechtlichen Auswirkungen von Ehen und eingetragenen Partnerschaften; ist jedoch der Ansicht, dass die Wahl zweier unterschiedlicher Instrumente¹ und eines unterschiedlichen Ansatzes für eingetragene Partnerschaften und Ehen nicht gerechtfertigt ist; ist der Ansicht, dass in beiden Fällen die gleiche Wahl in Bezug auf die Zuständigkeit und das anzuwendende Recht getroffen werden sollte;

¹ COM(2011)127 endg. und COM(2011)126 endg.

Or. en

Änderungsantrag 271

Kinga Göncz

Entschließungsantrag

Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

25a. begrüßt die Vorschläge der Kommission zur Zuständigkeit und dem anzuwendenden Recht in Bezug auf die güterrechtlichen Auswirkungen von Ehen und eingetragenen Partnerschaften; ist jedoch der Ansicht, dass die Wahl zweier unterschiedlicher Instrumente und eines

unterschiedlichen Ansatzes für eingetragene Partnerschaften und Ehen nicht gerechtfertigt ist; ist der Ansicht, dass in beiden Fällen die gleiche Wahl in Bezug auf die Zuständigkeit und das anzuwendende Recht getroffen werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 272
Mario Borghezio

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26. fordert diejenigen Mitgliedstaaten, die Rechtsvorschriften für gleichgeschlechtliche Partnerschaften erlassen haben, auf, die von anderen Mitgliedstaaten angenommenen Bestimmungen, die ähnliche Auswirkungen haben, anzuerkennen;

entfällt

Or. it

Änderungsantrag 273
Anna Záborská

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26. fordert diejenigen Mitgliedstaaten, die Rechtsvorschriften für gleichgeschlechtliche Partnerschaften erlassen haben, auf, die von anderen Mitgliedstaaten angenommenen Bestimmungen, die ähnliche Auswirkungen haben, anzuerkennen;

entfällt

Änderungsantrag 274
Lorenzo Fontana

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26. fordert diejenigen Mitgliedstaaten, die Rechtsvorschriften für gleichgeschlechtliche Partnerschaften erlassen haben, auf, die von anderen Mitgliedstaaten angenommenen Bestimmungen, die ähnliche Auswirkungen haben, anzuerkennen;

entfällt

Änderungsantrag 275
Renate Weber, Sophia in 't Veld, Gianni Vattimo, Sonia Alfano

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26. fordert diejenigen Mitgliedstaaten, die Rechtsvorschriften für gleichgeschlechtliche Partnerschaften erlassen haben, auf, die von anderen Mitgliedstaaten angenommenen Bestimmungen, die ähnliche Auswirkungen haben, anzuerkennen;

26. fordert diejenigen Mitgliedstaaten, die Rechtsvorschriften hinsichtlich gleichgeschlechtlicher Partnerschaften erlassen haben, auf, die von anderen Mitgliedstaaten angenommenen Bestimmungen, die ähnliche Auswirkungen haben, anzuerkennen, und fordert die Kommission auf, einen Vorschlag mit diesem Ziel vorzulegen;
erinnert an die Verpflichtung der Mitgliedstaaten die Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, vollständig

umzusetzen, auch in Bezug auf gleichgeschlechtliche Paare und deren Kinder; begrüßt die Tatsache, dass immer mehr Mitgliedstaaten Gesetze zu eheähnlichen Gemeinschaften, zivilen Partnerschaften oder der Ehe eingeführt und/oder überarbeitet haben, um Diskriminierung aufgrund der gelebten sexuellen Orientierung gleichgeschlechtlicher Paare und ihrer Kinder zu überwinden und fordert die anderen Mitgliedstaaten auf, entsprechende Gesetze einzuführen;

Or. en

Änderungsantrag 276

Monika Flašíková Beňová, Michael Cashman, Raül Romeva i Rueda, Ulrike Lunacek

Entschließungsantrag

Ziffer 26

Entschließungsantrag

26. fordert diejenigen Mitgliedstaaten, die Rechtsvorschriften für gleichgeschlechtliche Partnerschaften erlassen haben, auf, die von anderen Mitgliedstaaten angenommenen Bestimmungen, die ähnliche Auswirkungen haben, anzuerkennen;

Geänderter Text

26. fordert diejenigen Mitgliedstaaten, die Rechtsvorschriften für gleichgeschlechtliche Partnerschaften erlassen haben, auf, die von anderen Mitgliedstaaten angenommenen Bestimmungen, die ähnliche Auswirkungen haben, anzuerkennen; ***erinnert an die Verpflichtung der Mitgliedstaaten die Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, vollständig umzusetzen, auch in Bezug auf gleichgeschlechtliche Paare und deren Kinder;***

Or. en

Änderungsantrag 277

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Michael Cashman, Sophia in 't Veld, Raül Romeva i Rueda, Renate Weber, Ulrike Lunacek
im Namen der ALDE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26a. fordert die Kommission auf, einen Vorschlag bezüglich der uneingeschränkten gegenseitigen Anerkennung der Wirkung aller Personenstandsurkunden in der gesamten EU vorzulegen, einschließlich der rechtlichen Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit, Ehen und eingetragener Partnerschaften, um diskriminierende rechtliche und administrative Hindernisse für Bürger abzubauen, die ihr Recht auf Freizügigkeit ausüben;

Or. en

Änderungsantrag 278

Kinga Göncz

Entschließungsantrag

Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26a. fordert die Kommission auf, einen Vorschlag bezüglich der uneingeschränkten gegenseitigen Anerkennung der Wirkung aller Personenstandsurkunden in der gesamten EU vorzulegen, einschließlich Ehen und eingetragener Partnerschaften, um diskriminierende rechtliche und administrative Hindernisse für Bürger abzubauen, die ihr Recht auf Freizügigkeit ausüben;

Änderungsantrag 279

Renate Weber, Sophia in 't Veld, Gianni Vattimo, Sonia Alfano

Entschließungsantrag

Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26a. fordert die Kommission und den Rat auf, gegen Homophobie, Gewalt und Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung entschiedener vorzugehen, auch durch die Aufforderung an die Bürgermeister und die Polizei der Mitgliedstaaten, im Zusammenhang mit Paraden lesbischer, schwuler, bisexueller, transsexueller und intersexueller Personen die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit zu schützen und ihnen offiziell Unterstützung zu gewähren; fordert die Kommission auf, endlich den wiederholten Aufforderungen des Europäischen Parlaments und nichtstaatlicher Organisationen zu entsprechen und umgehend einen EU-Fahrplan für die Gleichbehandlung ungeachtet der sexuellen Ausrichtung und der Geschlechtsidentität vorzulegen, der spätestens im Jahr 2013 beginnen sollte;

Änderungsantrag 280

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Michael Cashman, Sophia in 't Veld, Raül Romeva i Rueda, Renate Weber, Ulrike Lunacek
im Namen der ALDE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 26 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26b. missbilligt, dass Transgender-Personen in vielen Mitgliedstaaten noch immer als psychisch krank betrachtet werden; fordert die Mitgliedstaaten auf, rechtliche Verfahren zur Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit auf der Grundlage des argentinischen Modells einzuführen oder zu überarbeiten und die Voraussetzungen (einschließlich Zwangssterilisation) für die Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit zu überprüfen; fordert die Kommission und die Weltgesundheitsorganisation auf, Störungen der Geschlechtsidentität von der Liste der psychischen und Verhaltensstörungen zu streichen und in den Verhandlungen über die 11. Revision der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD-11) eine nicht pathologisierende Neueinstufung sicherzustellen;

Or. en

**Änderungsantrag 281
Kinga Göncz**

**Entschließungsantrag
Ziffer 26 b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26b. fordert die Kommission auf, die Ergebnisse dieser Umfrage zu nutzen, um einen EU-Fahrplan für die Gleichbehandlung ungeachtet der sexuellen Ausrichtung und der Geschlechtsidentität vorzubereiten, der bis 2014 angenommen werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 282

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Michael Cashman, Sophia in 't Veld, Raül Romeva i Rueda, Renate Weber, Ulrike Lunacek
im Namen der ALDE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 26 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26c. begrüßt die neuen Asylvorschriften in der Anerkennungsrichtlinie, die auch die Geschlechtsidentität als Verfolgungsgrund einschließen; ist weiterhin der Ansicht, dass das Asylpaket kohärent bleiben und sexuelle Ausrichtung sowie Geschlechtsidentität in der Verfahrensrichtlinie enthalten sein muss;

Or. en

Änderungsantrag 283

Kinga Göncz

Entschließungsantrag

Ziffer 26 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26c. fordert die Mitgliedstaaten auf, den wirksamen Schutz von Teilnehmern an öffentlichen Veranstaltungen der Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuellen – einschließlich Paraden – zu gewährleisten und dafür zu sorgen, dass diese Veranstaltungen rechtmäßig stattfinden können;

Or. en

Änderungsantrag 284

Monika Flašíková Beňová, Michael Cashman, Sophia in 't Veld, Raül Romeva i Rueda, Renate Weber, Ulrike Lunacek

im Namen der ALDE-Fraktion

**Entschließungsantrag
Ziffer 26 d (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26d. fordert die Mitgliedstaaten auf, für den Zugang zu Beschäftigung, Waren und Dienstleistungen ohne Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität gemäß der Vorschriften des EU-Rechts¹ zu sorgen;

Richtlinie 2006/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen (Neufassung); Richtlinie 2004/113/EG des Rates zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen;

Or. en

Änderungsantrag 285

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

**Entschließungsantrag
Ziffer 26 e (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26e. begrüßt den Beginn einer Umfrage der Grundrechteagentur, die vergleichbare Daten zur Erfahrung der Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen in der Europäischen Union und in Kroatien sammeln wird;

Änderungsantrag 286

Monika Flašíková Beňová, Michael Cashman, Sophia in 't Veld, Raül Romeva i Rueda, Renate Weber, Ulrike Lunacek
im Namen der ALDE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 26 f (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26f. begrüßt den Beginn einer Umfrage der Grundrechteagentur, die vergleichbare Daten zur Erfahrung der Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen in der Europäischen Union und in Kroatien sammeln wird;

Änderungsantrag 287

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Michael Cashman, Sophia in 't Veld, Raül Romeva i Rueda, Renate Weber, Ulrike Lunacek
im Namen der ALDE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 26 g (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26g. fordert die Kommission auf, die Ergebnisse dieser Umfrage zu nutzen, um einen EU-Fahrplan für die Gleichbehandlung ungeachtet der sexuellen Ausrichtung und der Geschlechtsidentität vorzubereiten, der bis 2014 angenommen werden sollte;

Änderungsantrag 288

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Michael Cashman, Sophia in 't Veld, Raül Romeva i Rueda, Renate Weber, Ulrike Lunacek
im Namen der ALDE-Fraktion

Entschließungsantrag

Ziffer 26 h (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26h. fordert die Mitgliedstaaten auf, den wirksamen Schutz von Teilnehmern an öffentlichen Veranstaltungen der Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuellen – einschließlich Paraden – zu gewährleisten und dafür zu sorgen, dass diese Veranstaltungen rechtmäßig stattfinden können;

Or. en

Änderungsantrag 289

Monika Flašíková Beňová, Michael Cashman, Raül Romeva i Rueda, Ulrike Lunacek

Entschließungsantrag

Ziffer 26 i (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

26i. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Richtlinie 2003/86/EG des Rates betreffend das Recht auf Familienzusammenführung ohne Diskriminierung wegen des Geschlechts oder der sexuellen Ausrichtung in vollem Umfang umzusetzen; erinnert daran, dass nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gleichgeschlechtliche Paare unter den Anwendungsbereich des Familienlebens fallen¹;

¹ *Schalk und Kopf/Austria, Beschwerde 30141/04, EGMR.*

Änderungsantrag 290
Mario Borghezio

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag

Geänderter Text

27. ist der Ansicht, dass die Grundrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen besser gewahrt werden dürften, wenn diese Zugang zu Rechtsinstitutionen wie einer Lebensgemeinschaft, eingetragenen Partnerschaft oder Ehe haben; begrüßt die Tatsache, dass 16 Mitgliedstaaten diese Möglichkeiten derzeit anbieten, und fordert die übrigen Mitgliedstaaten auf, dies ebenfalls in Erwägung zu ziehen; ***entfällt***

Or. it

Änderungsantrag 291
Anna Záborská

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag

Geänderter Text

27. ist der Ansicht, dass die Grundrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen besser gewahrt werden dürften, wenn diese Zugang zu Rechtsinstitutionen wie einer Lebensgemeinschaft, eingetragenen Partnerschaft oder Ehe haben; begrüßt die Tatsache, dass 16 Mitgliedstaaten diese Möglichkeiten derzeit anbieten, und fordert die übrigen Mitgliedstaaten auf, dies ebenfalls in Erwägung zu ziehen; ***entfällt***

Änderungsantrag 292
Lorenzo Fontana

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag

Geänderter Text

27. ist der Ansicht, dass die Grundrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen besser gewahrt werden dürften, wenn diese Zugang zu Rechtsinstitutionen wie einer Lebensgemeinschaft, eingetragenen Partnerschaft oder Ehe haben; begrüßt die Tatsache, dass 16 Mitgliedstaaten diese Möglichkeiten derzeit anbieten, und fordert die übrigen Mitgliedstaaten auf, dies ebenfalls in Erwägung zu ziehen;

entfällt

Änderungsantrag 293
Kinga Gál

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 6

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Junge und ältere Menschen sowie Menschen mit Behinderungen

(Betrifft nicht die deutsche Fassung)

Änderungsantrag 294
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 6

Entschließungsantrag

Junge und ältere Menschen sowie
Menschen mit Behinderungen

Geänderter Text

(Betrifft nicht die deutsche Fassung)

Or. en

Änderungsantrag 295

Anna Hedh, Britta Thomsen, Jean Lambert

Entschließungsantrag

Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

28a. fordert das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen in Zusammenarbeit mit der Agentur für Grundrechte auf, auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten in Bezug auf die besondere Situation der Frauen und Mädchen mit Behinderungen Forschung durchzuführen und entsprechende Leitlinien aufzustellen, wobei der Zwangssterilisation und -abtreibung besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte, da diese zu Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung führen können und somit verfolgt und bestraft werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 296

Kinga Gál

Entschließungsantrag

Ziffer 29

Entschließungsantrag

Geänderter Text

29. fordert die Mitgliedstaaten auf, die ***Integration*** junger Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt sicherzustellen, insbesondere

29. fordert die Mitgliedstaaten auf, die ***Inklusion*** junger Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt sicherzustellen, insbesondere

derjenigen, die von der Wirtschaftskrise betroffen sind;

derjenigen, die von der Wirtschaftskrise betroffen sind;

Or. en

Änderungsantrag 297
Mariya Gabriel

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag

29. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Integration junger Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt sicherzustellen, insbesondere derjenigen, die von der Wirtschaftskrise betroffen sind;

Geänderter Text

29. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Integration junger Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt sicherzustellen, insbesondere derjenigen, die von der Wirtschaftskrise betroffen sind, ***auch mittels der Organisation und der Bereitstellung von Ausbildungsmöglichkeiten, die auf die soziale Förderung der jungen Menschen abzielt;***

Or. fr

Änderungsantrag 298
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 29 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

29a. bedauert dass junge Menschen in einigen Mitgliedstaaten immer noch verfolgt und zu Gefängnisstrafen verurteilt werden, weil das Recht auf Wehrdienstverweigerung noch nicht hinreichend anerkannt ist, und fordert die Mitgliedstaaten auf, die Verfolgung und Diskriminierung von Wehrdienstverweigerern zu beenden;

Or. en

Änderungsantrag 299
Mario Borghezio

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag

30. begrüßt den Beschluss, das Jahr **2012** zum Europäischen Jahr für alternatives Altern und Solidarität zwischen den Generationen zu erklären; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern, indem angemessene soziale Dienste angeboten, der gegen sie gerichtete Missbrauch bekämpft und ihre Unabhängigkeit durch Förderung der Renovierung von und des Zugangs zu Wohnraum unterstützt werden;

Geänderter Text

30. begrüßt den Beschluss, das Jahr **2013** zum Europäischen Jahr für alternatives Altern und Solidarität zwischen den Generationen zu erklären; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern, indem angemessene soziale Dienste angeboten, der gegen sie gerichtete Missbrauch bekämpft und ihre Unabhängigkeit durch Förderung der Renovierung von und des Zugangs zu Wohnraum unterstützt werden;

Or. it

Änderungsantrag 300
Antigoni Papadopoulou

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag

30. begrüßt den Beschluss, das Jahr 2012 zum Europäischen Jahr für alternatives Altern und Solidarität zwischen den Generationen zu erklären; fordert die Mitgliedstaaten auf, **die Lebensqualität** älterer Menschen zu **verbessern**, indem angemessene soziale Dienste angeboten, der gegen sie gerichtete Missbrauch bekämpft und ihre Unabhängigkeit durch Förderung der Renovierung von und des Zugangs zu Wohnraum unterstützt werden;

Geänderter Text

30. begrüßt den Beschluss, das Jahr 2012 zum Europäischen Jahr für alternatives Altern und Solidarität zwischen den Generationen zu erklären; fordert die Mitgliedstaaten auf, **das Recht** älterer Menschen, **ein Leben in Würde und mit hoher Lebensqualität zu führen, anzuerkennen**, indem angemessene soziale Dienste, **Programme für lebensbegleitendes Lernen und andere Programme für ihre soziale und kulturelle Inklusion** angeboten werden, der gegen sie gerichtete Missbrauch bekämpft und ihre Unabhängigkeit durch Förderung der

Renovierung von und des Zugangs zu
Wohnraum unterstützt werden;

Or. en

Änderungsantrag 301
Mariya Gabriel

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag

30. begrüßt den Beschluss, das Jahr 2012 zum Europäischen Jahr für alternatives Altern und Solidarität zwischen den Generationen zu erklären; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern, indem angemessene soziale Dienste angeboten, der gegen sie gerichtete Missbrauch bekämpft und ihre Unabhängigkeit durch Förderung der Renovierung von und des Zugangs zu Wohnraum unterstützt werden;

Geänderter Text

30. begrüßt den Beschluss, das Jahr 2012 zum Europäischen Jahr für alternatives Altern und Solidarität zwischen den Generationen zu erklären; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern, indem angemessene soziale Dienste angeboten, der gegen sie gerichtete Missbrauch bekämpft und ihre Unabhängigkeit durch Förderung der Renovierung von und des Zugangs zu Wohnraum unterstützt werden; ***betont, dass aktive und freiwillig tätige Bürger und Bürgerinnen über 65 Jahren in vollem Umfang und auf vielfältige Art und Weise zum täglichen Leben der Gesellschaft beitragen;***

Or. fr

Änderungsantrag 302

Mikael Gustafsson

im Namen des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
Lívia Járóka, Mariya Gabriel

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag

30. begrüßt den Beschluss, das Jahr 2012 zum Europäischen Jahr für alternatives

Geänderter Text

30. begrüßt den Beschluss, das Jahr 2012 zum Europäischen Jahr für alternatives

Altern und Solidarität zwischen den Generationen zu erklären; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern, indem angemessene soziale Dienste angeboten, der gegen sie gerichtete Missbrauch bekämpft und ihre Unabhängigkeit durch Förderung der Renovierung von und des Zugangs zu Wohnraum unterstützt werden;

Altern und Solidarität zwischen den Generationen zu erklären; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern, indem angemessene soziale Dienste angeboten, der gegen sie gerichtete Missbrauch bekämpft und ihre Unabhängigkeit durch Förderung der Renovierung von und des Zugangs zu Wohnraum unterstützt werden; ***erinnert daran, dass ältere Frauen wegen des geschlechtsspezifischen Lohn- und später Rentengefülltes häufiger unter der Armutsgrenze leben;***

Or. en

Änderungsantrag 303 Petru Constantin Luhan

Entschließungsantrag Ziffer 30

Entschließungsantrag

30. begrüßt den Beschluss, das Jahr 2012 zum Europäischen Jahr für *alternatives* Altern und Solidarität zwischen den Generationen zu erklären; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern, indem angemessene soziale Dienste angeboten, der gegen sie gerichtete Missbrauch bekämpft und ihre Unabhängigkeit durch Förderung der Renovierung von und des Zugangs zu Wohnraum unterstützt werden;

Geänderter Text

30. begrüßt die Ausrufung des Jahres 2012 als Europäisches Jahr für *aktives* Altern und Solidarität zwischen den Generationen zu erklären; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern, indem angemessene soziale Dienste angeboten, ***Maßnahmen zur Bekämpfung des gegen sie gerichteten Missbrauchs und gegen jegliche Form von Gewalt ergriffen*** und ihre Unabhängigkeit durch Förderung der Renovierung von und des Zugangs zu Wohnmöglichkeiten unterstützt werden;

Or. ro

Änderungsantrag 304 Antigoni Papadopoulou

Entschließungsantrag

Ziffer 30 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

30a. fordert das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen in Zusammenarbeit mit der Agentur für Grundrechte auf, auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten in Bezug auf die besondere Situation der Frauen und Mädchen mit Behinderungen Forschung durchzuführen und entsprechende Leitlinien aufzustellen, wobei der Zwangssterilisation und -abtreibung besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte, da diese zu Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung führen können und somit verfolgt und bestraft werden sollten;

Or. en

**Änderungsantrag 305
Sophia in 't Veld**

**Entschließungsantrag
Ziffer 30 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

30a. fordert das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen in Zusammenarbeit mit der Agentur für Grundrechte auf, auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten in Bezug auf die besondere Situation der Frauen und Mädchen mit Behinderungen Forschung durchzuführen und entsprechende Leitlinien aufzustellen, wobei der Zwangssterilisation und -abtreibung besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte, da diese zu Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung führen können und somit verfolgt und bestraft werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 306

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 30 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

30a. fordert alle Mitgliedstaaten auf, das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und sein Zusatzprotokoll zu ratifizieren und dafür zu sorgen, dass alle nationalen Aktionspläne der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020 entsprechen und auf die Verbesserung der Zugänglichkeit, der Beschäftigung, der integrativen allgemeinen und beruflichen Bildung sowie ein unabhängiges Leben der Menschen mit Behinderungen gerichtet sind;

Or. en

Änderungsantrag 307

Kinga Gál

Entschließungsantrag

Ziffer 30 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

30a. fordert eine innovative Lösung für die Barrierefreiheit des Zugangs zur Information und Kommunikation in Bezug auf den Zugang der gehörlosen oder schwerhörigen Menschen zu den Organen und Konferenzen der EU auf der Grundlage seiner Entschlüsse vom 17. Juni 1988 zur Zeichensprache für Gehörlose¹, vom 18. November 1998 zur Zeichensprache² und vom 25. Oktober 2011 zu der Mobilität und Integration von

Menschen mit Behinderungen und der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020³, entsprechend der Artikel 2, 21, 24 und 30 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen;

¹ ABl. C 187 vom 18.7.1988, S. 236.

² ABl. C 379, 1998.

³ P7_TA(2011)0453.

Or. en

Änderungsantrag 308
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 30 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

30a. fordert alle Mitgliedstaaten auf, das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und sein Zusatzprotokoll zu ratifizieren und dafür zu sorgen, dass alle nationalen Aktionspläne der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020 entsprechen und auf die Verbesserung der Zugänglichkeit, der Beschäftigung, der integrativen allgemeinen und beruflichen Bildung sowie ein unabhängiges Leben der Menschen mit Behinderungen gerichtet sind;

Or. en

Änderungsantrag 309
Petru Constantin Luhan

**Entschließungsantrag
Ziffer 30 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

30a. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen zu bekämpfen, insbesondere im Zusammenhang mit der Integration auf dem Arbeitsmarkt;

Or. ro

**Änderungsantrag 310
Marie-Christine Vergiat**

**Entschließungsantrag
Ziffer 30 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

30a. ist besorgt über die Verschlechterung der Situation im Hinblick auf die Freiheit und Pluralität der Medien in der Union, insbesondere der Printmedien, auch als Ergebnis der gegenwärtigen Wirtschaftskrise; verurteilt die Bedingungen, unter denen bestimmte Journalisten arbeiten und die Hindernisse, denen sie gegenüberstehen, insbesondere was die Verfolgung von Demonstrationen anbelangt; ist besonders besorgt über die Tendenz einiger Mitgliedstaaten, den Quellenschutz der Journalisten und die Möglichkeiten der Journalisten, Nachforschungen in regierungsnahen Kreisen durchzuführen, in Frage zu stellen; bedauert zutiefst die Herangehensweise der Kommission, keine Legislativvorschläge zur Sicherung der Freiheit und Pluralität der Medien nach Artikel 11 der Charta zu unterbreiten;

Or. fr

Änderungsantrag 311
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 30 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

30b. fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, den Zugang der Menschen mit Behinderungen, einschließlich derer mit psychosozialen Behinderungen, zu Beschäftigung und Ausbildung unter Nutzung bestehender EU-Fonds zu verbessern,

Or. en

Änderungsantrag 312
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 30 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

30b. fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, den Zugang der Menschen mit Behinderungen, einschließlich derer mit geistigen Behinderungen, zu Beschäftigung und Ausbildung unter Nutzung bestehender EU-Fonds zu verbessern,

Or. en

Änderungsantrag 313
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 30 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

30b. begrüßt die Annahme der Resolution über die Anerkennung der Rechte in Bezug auf das Internet im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, insbesondere im Hinblick auf den Zugang zum Netz und die Meinungsfreiheit; unterstreicht insbesondere die Aufforderung, für die „Förderung, den Schutz und den Genuss der Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf freie Meinungsäußerung, im Internet und bei anderen Technologien“ tätig zu werden, wobei dieses Rechte ohne Rücksicht auf Grenzen und für jedes Medium gelten muss; fordert, dass die Union und die Mitgliedstaaten diese Resolution in ihrem Recht anwenden und seine Förderung auf internationaler Ebene sichern;

Or. fr

Änderungsantrag 314
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 30 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

30c. fordert die Mitgliedstaaten auf, Organisationen, die die eigenständige Lebensführung von Menschen mit Behinderungen unterstützen, und Programme zur Deinstitutionalisierung zu finanzieren;

Or. en

Änderungsantrag 315
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 30 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

30c. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die in den internen und externen Politikbereichen eingesetzten Mittel der EU nicht dafür verwendet werden, Hindernisse oder Diskriminierungen zu schaffen, die gegen Menschen mit Behinderungen gerichtet sind und angemessene Maßnahmen zur Annahme neuer Förderungsprogramme zur Verhinderung dessen zu ergreifen;

Or. en

Änderungsantrag 316

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

**Entschließungsantrag
Ziffer 30 d (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

30d. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass Mittel der EU nicht für die Renovierung bestehender oder den Neubau von Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen eingesetzt werden, sondern statt dessen für die Erleichterung gemeinschaftlichen Lebens gemäß Artikel 5 und 19 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und Artikel 21 und 26 der Charta genutzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 317

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

**Entschließungsantrag
Ziffer 30 e (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

30e. betont die Notwendigkeit, die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an Wahlen zu verbessern, indem auf ihre speziellen Bedürfnisse eingegangen wird;

Or. en

**Änderungsantrag 318
Marie-Christine Vergiat**

**Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 6 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Freiheit und Pluralität der Medien

Or. fr

**Änderungsantrag 319
Marie-Christine Vergiat**

**Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 7**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Datenschutz

Datenschutz ***und Zugang zum Internet***

Or. fr

**Änderungsantrag 320
Marie-Christine Vergiat**

**Entschließungsantrag
Ziffer 31**

Entschließungsantrag

31. bekräftigt, dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und das Recht auf Privatsphäre Grundelemente der Persönlichkeit, Menschenwürde und Freiheit einer Person sind;

Geänderter Text

31. bekräftigt, dass das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und **auf *Schutz personenbezogener Daten*** sowie das Recht auf Privatsphäre Grundelemente der Persönlichkeit, Menschenwürde und Freiheit einer Person sind, **und erinnert daran, dass Bestimmungen in diesen Bereichen die Grundsätze der Zweckbindung, der Erforderlichkeit und der Verhältnismäßigkeit beachten müssen, auch während der Verhandlung und dem Abschluss internationaler Übereinkommen; erinnert in diesem Zusammenhang an kritische Stellungnahmen des Europäischen Datenschutzbeauftragten insbesondere in Bezug auf den Evaluierungsbericht zur Richtlinie 2006/24/EG und zur Internetneutralität, wobei die Folgen bestimmter Überwachungsmethoden der Anbieter elektronischer Dienste hervorgehoben wurden, und bedauert, dass die Kommission diese nicht in ihren Vorschlägen und Entscheidungen berücksichtigt hat; verurteilt die Tatsache, dass nach dem zweiten Bericht der Gemeinsamen Kontrollinstanz von Europol die Umsetzung des TFTP-Abkommens zwischen der Union und den USA nicht die schwachen Garantien des Schutzes der personenbezogenen Daten dieses Abkommens beachtet werden, insbesondere die Artikel 2, 4 und 5;**

Or. fr

Änderungsantrag 321
Konrad Szymański, Janusz Wojciechowski

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag

32. betont, dass durch die Reform der Datenschutzvorschriften der EU die Transparenz und das Bewusstsein für Datenschutzrechte gesteigert und Abhilfemaßnahmen sowie Sanktionen effektiver gestaltet werden sollen; betont, dass eine Senkung bestehender Standards und die Verringerung nationaler Zuständigkeiten, einschließlich derer der Verfassungsgerichte, außer Frage stehen;

Geänderter Text

32. betont, dass durch die Reform der Datenschutzvorschriften der EU die Transparenz und das Bewusstsein für Datenschutzrechte gesteigert und Abhilfemaßnahmen sowie Sanktionen effektiver gestaltet werden sollen; betont, dass eine Senkung bestehender Standards und die Verringerung nationaler Zuständigkeiten, einschließlich derer der **einzelstaatlichen Verfassungen und** Verfassungsgerichte, außer Frage stehen;

Or. en

Änderungsantrag 322
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag

32. betont, dass durch die Reform der Datenschutzvorschriften der EU die Transparenz und das Bewusstsein für Datenschutzrechte gesteigert und Abhilfemaßnahmen sowie Sanktionen effektiver gestaltet werden sollen; betont, dass eine Senkung bestehender Standards und die Verringerung nationaler Zuständigkeiten, einschließlich derer der Verfassungsgerichte, außer Frage stehen;

Geänderter Text

32. betont, dass durch die Reform der Datenschutzvorschriften der EU **nicht nur der Schutz gesichert, sondern auch** die Transparenz und das Bewusstsein für Datenschutzrechte gesteigert und Abhilfemaßnahmen sowie Sanktionen effektiver gestaltet werden sollen; **bedauert die zahlreichen Ausnahmeregelungen zu den Grundsätzen des Schutzes personenbezogener Daten, insbesondere zum Grundsatz der Zweckbindung und im Hinblick auf die Übermittlung der Daten an Drittstaaten; ist besorgt über den schwachen Schutz personenbezogener Daten im Vorschlag der Richtlinie, insbesondere im Hinblick auf den Datenschutz in der Justiz;** betont, dass eine Senkung bestehender Standards und die Verringerung nationaler Zuständigkeiten, einschließlich derer der Verfassungsgerichte, außer Frage stehen;

Änderungsantrag 323
Tatjana Zdanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag

32. betont, dass durch die Reform der Datenschutzvorschriften der EU die Transparenz und das Bewusstsein für Datenschutzrechte gesteigert und Abhilfemaßnahmen sowie Sanktionen effektiver gestaltet werden sollen; betont, dass **eine Senkung bestehender Standards und die Verringerung nationaler Zuständigkeiten, einschließlich derer der Verfassungsgerichte, außer Frage stehen;**

Geänderter Text

32. betont, dass durch die Reform der Datenschutzvorschriften der EU die Transparenz und das Bewusstsein für Datenschutzrechte gesteigert und Abhilfemaßnahmen sowie Sanktionen effektiver gestaltet werden sollen; **fordert den Rat nachdrücklich auf, sich einem umfassenden datenschutzrechtlichen Rahmen mit einem einheitlichem und hohem Harmonisierungsniveau auf Grundlage der Richtlinie 95/46/EG zu verpflichten;** betont, dass **es von ausschlaggebender Bedeutung ist, dass umfassende datenschutzrechtliche Standards, die im Bereich der Strafverfolgung beabsichtigt sind, auch die innerstaatliche Datenverarbeitung erfassen;**

Or. en

Änderungsantrag 324
Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag

32. betont, dass durch die Reform der Datenschutzvorschriften der EU die Transparenz und das Bewusstsein für Datenschutzrechte gesteigert und Abhilfemaßnahmen sowie Sanktionen

Geänderter Text

32. betont, dass durch die Reform der Datenschutzvorschriften der EU die Transparenz und das Bewusstsein für Datenschutzrechte gesteigert und Abhilfemaßnahmen sowie Sanktionen

effektiver gestaltet werden sollen; betont, dass eine Senkung bestehender Standards und die Verringerung nationaler Zuständigkeiten, einschließlich derer der Verfassungsgerichte, außer Frage stehen;

effektiver gestaltet werden sollen; ***ist der Ansicht, dass Datenschutzbehörden die Befugnis erhalten sollten, abschreckende Strafen gegen Personen zu verhängen, die gegen die Datenschutzvorschriften der EU verstoßen***; betont, dass eine Senkung bestehender Standards und die Verringerung nationaler Zuständigkeiten, einschließlich derer der Verfassungsgerichte, außer Frage stehen;

Or. en

Änderungsantrag 325
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 32 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

32a. ist angesichts der bestehenden Tendenzen zur Beschränkung der Unabhängigkeit der Datenschutzbehörden besorgt und begrüßt die Wachsamkeit der Kommission; fordert die Mitgliedstaaten auf, die bestehenden Vorschriften und die einschlägige Rechtsprechung zu beachten¹;

¹ *EuGH, C-518/07, Kommission/Deutschland, 9. März 2010.*

Or. en

Änderungsantrag 326
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 32 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

32a. ist angesichts der bestehenden Tendenzen zur Beeinträchtigung der Unabhängigkeit der Datenschutzbehörden besorgt und begrüßt die Wachsamkeit der Kommission; fordert die Mitgliedstaaten auf, die bestehenden Vorschriften und die einschlägige Rechtsprechung zu beachten;

Or. en

**Änderungsantrag 327
Birgit Sippel**

**Entschließungsantrag
Ziffer 32 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

32a. fordert die Kommission auf, einen Vorschlag zu Änderung der derzeit geltenden Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsspeicherung von Daten vorzulegen, wobei die Schwachpunkte, die im Beurteilungsbericht der Kommission hervorgehoben wurden und vom Europäischen Datenschutzbeauftragten, von verschiedenen einzelstaatlichen Parlamenten und den Verfassungsgerichten mehrerer Mitgliedstaaten, die ihre Umsetzung als verfassungswidrig erklärt haben, betont wurden, berücksichtigt werden;

Or. en

**Änderungsantrag 328
Tatjana Ždanoka**

Entschließungsantrag

Ziffer 32 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

32a. betont die Notwendigkeit, die Richtlinie über die Vorratsspeicherung von Daten aufzuheben oder zumindest Alternativen der Vorratsdatenspeicherung, wie die beschleunigte Datenspeicherung oder die gezielte Datenerhebung zu untersuchen, insbesondere angesichts der Menschenrechtsverletzungen, die einem Pauschalsystem der Vorratsdatenspeicherung immanent sind, wie Datenverlust und -missbrauch, fehlerhafte Datenerfassung, Verletzung der Vertraulichkeit von Mitteilungen im Datenverkehr mit Dienstleistern im Gesundheitswesen, Anwälten und Journalisten;

Or. en

**Änderungsantrag 329
Marie-Christine Vergiat**

**Entschließungsantrag
Ziffer 32 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

32a. ist schockiert über die tragischen Tod der Menschen, die beim Versuch, das europäische Territorium zu erreichen, gestorben sind, insbesondere auf dem Wasserwege; ist besorgt darüber, wie dadurch die Aufnahme der Ausländer in Frage gestellt wird, insbesondere im Hinblick auf das Recht auf Asyl; fordert, dass die Verpflichtung zur Hilfeleistung auf See in vollem Umfang durch die EU-Mitgliedstaaten beachtet wird, und dass das Recht der Union oder der Mitgliedstaaten so geändert wird, dass die Hilfeleistung auf See verpflichtend ist und

dass Seeleute, die Migranten auf See Hilfe leisten, nie als Schmuggler angeklagt und für die Hilfestellung für Personen in Gefahr verurteilt werden, fordert ferner die Umsetzung der Entschließung 1872(2012 des Europarats vom 24. April 2012 ;

Or. fr

Änderungsantrag 330

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 32 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

32b. ist angesichts der Schwachpunkte der Richtlinie über die Vorratsspeicherung von Daten besorgt, die im Beurteilungsbericht der Kommission hervorgehoben wurden und vom Europäischen Datenschutzbeauftragten, von verschiedenen einzelstaatlichen Parlamenten und den Verfassungsgerichten mehrerer Mitgliedstaaten, die ihre Umsetzung als verfassungswidrig erklärt haben, betont wurden;

Or. en

Änderungsantrag 331

Birgit Sippel

Entschließungsantrag

Ziffer 32 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

32b. ist über den fehlenden Fortschritt der Verhandlungen über ein Abkommen

zwischen der Europäischen Union und Kanada über die Übermittlung und Nutzung von Fluggastdatensätzen zur Verhinderung und Bekämpfung von Terrorismus und sonstiger schwerer Kriminalität grenzüberschreitender Art besorgt; weist darauf hin, dass das im Jahr 2005 unterzeichnete Abkommen nicht mehr gültig ist, da die Wirkung der Angemessenheitsentscheidung im September 2009 abgelaufen ist, und dass die Übermittlung von Fluggastdatensätzen seitdem auf der Grundlage unilateraler Verpflichtungen Kanadas gegenüber den Mitgliedstaaten stattfindet,

Or. en

Änderungsantrag 332
Tatjana Zdanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 32 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

32b. weist mit Besorgnis darauf hin, dass die erste Kontrolle durch die Gemeinsame Kontrollinstanz von Europol zu schwerwiegenden Bedenken bezüglich der Einhaltung von Grundsätzen des Datenschutzes im Abkommen für das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) der EU mit den USA geführt hat; ist der Ansicht, dass die Schlussfolgerungen der Gemeinsamen Kontrollinstanz die Mangelhaftigkeit des Abkommens selbst betont, insbesondere was die Rolle von Europol bei der Prüfung der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Ersuchen um SWIFT-Daten durch die USA anbelangt; betont, dass statt zur Nachahmung des US-Ansatzes mit der Entwicklung eines europäischen Systems

*zum Aufspüren der
Terrorismusfinanzierung die Probleme
mit dem Abkommen für das Programm
zum Aufspüren der Finanzierung des
Terrorismus zu ernsthaften Überlegungen
zur Erforderlichkeit und
Verhältnismäßigkeit eines solchen
Systems führen sollten;*

Or. en

Änderungsantrag 333
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 32 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*32c. begrüßt, dass nach dem Abkommen
zwischen der Europäischen Union und
Australien über Fluggastdatensätze die
Daten nur für Zwecke der Vorbeugung,
Aufdeckung, Untersuchung und
strafrechtlichen Verfolgung von
terroristischen Straftaten und
grenzübergreifender schwerer
Kriminalität gesammelt werden dürfen,
und dass wirksame Rechtsmittel und
Schutzgarantien gesichert sind;*

Or. en

Änderungsantrag 334
Birgit Sippel

Entschließungsantrag
Ziffer 32 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*32c. fordert die Kommission auf, auf die
Bedenken einzugehen, die vom
Europäischen Datenschutzbeauftragten,*

von der Arbeitsgruppe nach Artikel 29, vom EWSA, der Grundrechteagentur und verschiedenen einzelstaatlichen Parlamenten in Bezug auf die vorgeschlagene Richtlinie über ein europäisches System zur Speicherung von Fluggastdatensätzen geäußert wurden, indem der Anwendungsbereich auf Passagierflüge nach oder aus Drittstaaten und die Bekämpfung des internationalen Terrorismus beschränkt wird sowie die Höchstdauer der Aufbewahrung und die Liste der gespeicherten Daten beschränkt wird, indem eine wirksame Bewertung des Systems gewährleistet wird;

Or. en

Änderungsantrag 335
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 32 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

32c. bedauert, dass verschiedene seiner wesentlichen Forderungen im EU-US PNR-Abkommen nicht berücksichtigt wurden (insbesondere eine Begrenzung des Zwecks auf grenzübergreifende schwere Kriminalität, begrenzte Aufbewahrungsdauer, Ausschluss von „Data Mining“ und der Erstellung von Personenprofilen sowie angemessene Zugangs- und Rechtsmittelrechte); betont, dass die Kommission nur Anhaltspunkte für die Nützlichkeit von Fluggastdatensätzen bei der Bekämpfung des Terrorismus und grenzübergreifender schwerer Kriminalität vorgelegt und eine ernsthafte Debatte über die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit, insbesondere im Hinblick auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des

deutschen Verfassungsgerichts über das Verbot der Erstellung von Personenprofilen und die pauschale Vorratsdatenspeicherung in Bezug auf unschuldige Personen, vermieden hat; betont, dass die Kommission weniger eingreifende Alternativen zur Analyse der Fluggastdatensätze wie die Verwendung von vorab übermittelten Fluggastdaten oder mittels Beschränkung der Verwendung der Fluggastdatensätze auf Fälle, in denen bereits ein Anfangsverdacht festgestellt wurde, nicht angemessen untersucht hat;

Or. en

Änderungsantrag 336
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 32 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

32d. bedauert, dass im EU-US PNR-Abkommen die Zwecke der Erhebung von Fluggastdatensätzen nicht ausdrücklich genannt werden, und dass die im Abkommen vorgesehenen Schutzgarantien nicht in vollem Umfang den EU-Standards entsprechen;

Or. en

Änderungsantrag 337
Birgit Sippel

Entschließungsantrag
Ziffer 32 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

32d. ist besorgt, dass das Abkommen für

das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) der EU mit den USA nicht im Einklang mit den Bestimmungen des Abkommens umgesetzt worden sein könnte; betont, dass die erste und zweite Kontrolle durch die Gemeinsame Kontrollinstanz von Europol zu schwerwiegenden Bedenken bezüglich der Einhaltung von Grundsätzen des Datenschutzes im Abkommen für das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) der EU mit den USA geführt hat;

Or. en

Änderungsantrag 338
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 32 e (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

32e. fordert die Kommission auf, auf die Bedenken einzugehen, die vom Europäischen Datenschutzbeauftragten, von der Arbeitsgruppe nach Artikel 29, vom EWSA, der Grundrechteagentur und verschiedenen einzelstaatlichen Parlamenten in Bezug auf die vorgeschlagene Richtlinie über ein europäisches System zur Speicherung von Fluggastdatensätzen¹ geäußert wurden, indem der Anwendungsbereich auf Passagierflüge nach oder aus Drittstaaten beschränkt wird sowie die Höchstdauer der Aufbewahrung und die Liste der gespeicherten Daten beschränkt wird, und indem eine wirksame Bewertung des Systems gewährleistet wird;

¹ COM(2011)32 endg.

Änderungsantrag 339
Birgit Sippel

Entschließungsantrag
Ziffer 32 e (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

32e. betrachtet die Mitteilung der Kommission zum Thema „Optionen für ein EU-System zum Aufspüren der Terrorismusfinanzierung“ nicht als angemessene Verhandlungsgrundlage; fordert die Kommission auf, einen Legislativvorschlag für einen rechtlichen und technischen Rahmen für die Extraktion der Daten auf dem Gebiet der EU vorzulegen, wobei die volle Vereinbarkeit mit den europäischen Datenschutzstandards gewährleistet wird;

Or. en

Änderungsantrag 340
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 32 f (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

32f. weist mit Besorgnis darauf hin, dass die erste Kontrolle durch die Gemeinsame Kontrollinstanz von Europol zu schwerwiegenden Bedenken bezüglich der Einhaltung von Grundsätzen des Datenschutzes im Abkommen für das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus (TFTP) der EU mit den USA geführt hat;

Or. en

Änderungsantrag 341
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 32 g (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

32g. betont, dass ein EU-System zum Aufspüren der Terrorismusfinanzierung¹ ein wirksames und gezieltes Extraktionssystem mit klaren Zugangsrechten sein sollte, das die derzeitig praktizierte Übertragung von großen Datenmengen an die USA so schnell wie möglich beendet;

¹ COM(2011)429 endg.

Or. en

Änderungsantrag 342
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag

Geänderter Text

33. fordert die Mitgliedstaaten auf, ein Verfahren für besser aufeinander abgestimmte Vorschriften für Asylsuchende im Einklang mit der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte einzurichten;

33. betont, dass die Kriterien des Dubliner Übereinkommen sich als unangemessen erwiesen haben, insbesondere nach der Rechtsprechung des EuGH und des EGMR; ist besorgt darüber, dass die laufenden Reformen diese Widersprüche nicht lösen werden und die Rechte der Asylbewerber nicht beachten;

Or. fr

Änderungsantrag 343

Marie-Christine Vergiat

**Entschließungsantrag
Ziffer 33 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

33a. erinnert die Mitgliedstaat daran, dass sie die Genfer Flüchtlingskonvention in vollem Umfang zu beachten haben, insbesondere Artikel 33, die Zurückweisungen über ihre Grenzen verbietet;

Or. fr

**Änderungsantrag 344
Anna Hedh, Britta Thomsen, Jean Lambert**

**Entschließungsantrag
Ziffer 33 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

33a. stellt fest, dass es in der EU bei der Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung in Asylverfahren große Ungleichheiten gibt; fordert die Mitgliedstaaten auf, Gender-Leitlinien für die erstbefassten Entscheidungsträger und Richter auf der Grundlage der UNHCR-Gender-Leitlinien zu verabschieden und umzusetzen, fordert ferner die Europäische Unterstützungsagentur für Asylangelegenheiten auf, Instrumente zu entwickeln, die eine Perspektive der Gleichstellung der Geschlechter im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 345

Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 33 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

33a. stellt fest, dass es in der EU bei der Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung und der Verfolgung aufgrund der sexuellen Ausrichtung in Asylverfahren große Ungleichheiten gibt; fordert die Mitgliedstaaten auf, Gender-Leitlinien für die erstbefassten Entscheidungsträger und Richter auf der Grundlage der UNHCR-Gender-Leitlinien zu verabschieden und umzusetzen, fordert ferner die Europäische Unterstützungsagentur für Asylangelegenheiten auf, Instrumente zu entwickeln, die eine Perspektive der Gleichstellung der Geschlechter im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 346
Mario Borghezio

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag

Geänderter Text

34. fordert die Mitgliedstaaten auf, sich auf wirksame Maßnahmen für die legale Einwanderung zu konzentrieren ***und das internationale Übereinkommen zum Schutze der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen zu ratifizieren;***

34. fordert die Mitgliedstaaten auf, sich auf wirksame Maßnahmen für die legale Einwanderung zu konzentrieren;

Or. it

Änderungsantrag 347

Mikael Gustafsson

im Namen des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
Livia Járóka, Mariya Gabriel

Entschließungsantrag

Ziffer 34

Entschließungsantrag

34. fordert die Mitgliedstaaten auf, sich auf wirksame Maßnahmen für die legale Einwanderung zu konzentrieren und das internationale Übereinkommen zum Schutze der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen zu ratifizieren;

Geänderter Text

34. fordert die Mitgliedstaaten auf, sich auf wirksame Maßnahmen für die legale Einwanderung zu konzentrieren und das internationale Übereinkommen zum Schutze der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen zu ratifizieren;
betont, dass Migrantinnen, die besonders schutzbedürftig sind, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 348

Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag

Ziffer 34

Entschließungsantrag

34. fordert die Mitgliedstaaten auf, sich auf wirksame Maßnahmen für die legale Einwanderung zu konzentrieren und das internationale Übereinkommen zum Schutze der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen zu ratifizieren;

Geänderter Text

34. fordert die Mitgliedstaaten auf, sich auf ***offene und*** wirksame Maßnahmen für die legale Einwanderung zu konzentrieren und das internationale Übereinkommen zum Schutze der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen zu ratifizieren;

Or. fr

Änderungsantrag 349

Anna Hedh, Britta Thomsen

**Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

34a. ist der Ansicht, dass die Tolerierung der Prostitution in Europa zu einer Zunahme des sexuellen Zwecken dienenden Frauenhandels in Europa sowie zu einer Ausweitung des Sextourismus führt, fordert die Europäische Union auf, Mechanismen einzuführen, um sicherzustellen, dass die Analyse der Auswirkungen des Menschenhandels auf die Gleichstellung der Geschlechter in alle Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung des Menschenhandels einbezogen wird, und die dem Menschenhandel zugrundeliegenden Ursachen durch Präventivmaßnahmen wie Sanktionen, Weiterbildung und Aufklärungskampagnen anzugehen;

Or. en

**Änderungsantrag 350
Sylvie Guillaume**

**Entschließungsantrag
Ziffer 34 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

34a. erinnert daran, dass der Zugang zu Gesundheitsleistungen ein Grundrecht ist, und fordert insbesondere die Mitgliedstaaten auf, dieses Recht in der Praxis zugänglich zu machen, auch für illegale Einwanderer und insbesondere für schwangere Frauen und Minderjährige, so dass die Bedenken der Grundrechteagentur in ihrem Bericht vom 11. Oktober 2011 berücksichtigt werden;

Änderungsantrag 351

Mikael Gustafsson

im Namen des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
Lívia Járóka, Mariya Gabriel

Entschließungsantrag

Ziffer 34 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

34a. begrüßt die „Strategie der EU zur Beseitigung des Menschenhandels 2012-2016“ und die Arbeit des EU-Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels; erinnert daran, dass die Richtlinie 2004/81/EG des Rates vom 29. April 2004 über die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Drittstaatsangehörige, die Opfer von Massenvergewaltigungen, des Menschenhandels oder anderer Formen der sexuellen Misshandlung von Frauen und Kindern sind oder denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung geleistet wurde und die mit den zuständigen Behörden kooperieren, und die Richtlinie 2009/52/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2009 über Mindeststandards für Sanktionen und Maßnahmen gegen Arbeitgeber, die Drittstaatsangehörige ohne rechtmäßigen Aufenthalt beschäftigen, nützliche Instrumente für den Schutz von Menschenhandelsopfern sind und vollständig umgesetzt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 352

Marie-Christine Vergiat

**Entschließungsantrag
Ziffer 35**

Entschließungsantrag

35. fordert die Mitgliedstaaten auf sicherzustellen, dass das Gemeinsame Europäische Asylsystem wie geplant bis Ende 2012 zum Abschluss gebracht wird;

Geänderter Text

35. bedauert den langsamen Fortschritt bei der Annahme des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und bedauert, dass der Ansatz der Union eher auf die Kontrolle der Migration als auf den Zugang zum internationalen Schutz zugunsten der Personen, die davon profitieren sollen, konzentriert ist; fordert den Rat und die Mitgliedstaaten auf, sicherzustellen, dass das Gemeinsame Europäische Asylsystem *entsprechend den internationalen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten im Bereich Asyl* wie geplant bis Ende 2012 zum Abschluss gebracht wird;

Or. fr

**Änderungsantrag 353
Antigoni Papadopoulou**

**Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

35a. stellt fest, dass es in der EU bei der Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung in Asylverfahren große Ungleichheiten gibt; fordert die Mitgliedstaaten auf, Gender-Leitlinien für die erstbefassten Entscheidungsträger und Richter auf der Grundlage der UNHCR-Gender-Leitlinien zu verabschieden und umzusetzen, fordert ferner die Europäische Unterstützungsagentur für Asylangelegenheiten auf, Instrumente zu entwickeln, die eine Perspektive der Gleichstellung der Geschlechter im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem

gewährleisten;

Or. en

Änderungsantrag 354

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

35a. begrüßt die Verbesserungen in der Anerkennungsrichtlinie¹, insbesondere die verstärkte Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung, die Einbeziehung der Geschlechtsidentität als Verfolgungsgrund, aufgrund dessen Schutz gewährt werden sollte, und die Verpflichtung, das Kindeswohl zu berücksichtigen;

¹ *ABl. L 337 vom 20.12.2011, S. 9.*

Or. en

Änderungsantrag 355

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 35 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

35b. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Anerkennungsrichtlinie in voller Vereinbarkeit mit dem internationalen Menschenrechten umzusetzen, und fordert die Mitgliedstaaten auf, die über das vom Wortlaut gesicherte Mindestniveau der Leistungen und Rechte hinaus gehen wollen, dies zu tun;

Änderungsantrag 356

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 35 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

35c. betont, dass der erweiterte Anwendungsbereich der Richtlinie über langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige¹ auf Flüchtlinge und Personen mit subsidiärem Schutzstatus, zu ihrer wirksamen Integration beitragen wird, die für die EU und die Mitgliedstaaten Vorteile bringt;

¹ ABl. L 132 vom 19.5.2011, S. 1.

Änderungsantrag 357

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 35 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

35d. begrüßt den überarbeiteten Vorschlag der Kommission zur Neufassung der Richtlinie über die Aufnahmebedingungen¹ und betont, dass mit der Aufnahme verbundene grundlegende Leistungen ab der Ankunft der Asylsuchenden gewährt werden sollten, und dass die ermutigt werden sollten, unabhängig von der Länge ihres Aufenthalts, Beiträge zugunsten der Aufnahmegemeinde zu leisten;

¹ COM(2011)320 endg.

Or. en

Änderungsantrag 358

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 35 e (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

35e. betont, dass Lücken und Unsicherheiten im geänderten Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung gemeinsamer Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzstatus¹ so angegangen werden müssen, dass Mitgliedstaaten das Risiko der erhöhten Kosten und des potentiellen Missbrauchs vermeiden können und gleichzeitig der Zugang zu fairen und hochwertigen Asylentscheidungen für die Schutzbedürftigen gesichert ist;

¹ COM(2011)319 endg.

Or. en

Änderungsantrag 359

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 35 f (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

35f. empfiehlt, Expertenteams für Asylfragen zu schaffen, die Staaten mit unzureichenden Asyl-Infrastrukturen helfen; ist der Ansicht, dass Mindeststandards und

Qualitätssicherungsmechanismen die Qualität der Entscheidungsfindung in Asylfragen steigern kann;

Or. en

Änderungsantrag 360

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 35 g (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

35g. betont, dass Asylsuchende wegen der unzureichenden Umsetzung des EU-Rechts oder wegen unterschiedlicher Herangehensweise an die Umsetzung nicht in allen Mitgliedstaaten das gleiche Niveau an prozessuellem und materiell-rechtlichem Schutz genießen;

Or. en

Änderungsantrag 361

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 35 h (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

35h. äußert sich besorgt angesichts der Auswirkungen des derzeitigen Dublin-Systems auf die Rechtsansprüche von Asylbewerbern, einschließlich ihres Rechts auf faire Prüfung des Asylantrags und auf wirksamen Schutz nach der Anerkennung, wie auch in Bezug auf die ungleiche Verteilung der Asylbewerber auf die Mitgliedstaaten;

Or. en

Änderungsantrag 362

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 35 i (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

35i. betont im Einklang mit der jüngsten Rechtsprechung des EGMR¹ und des EuGH² die Notwendigkeit des Abschlusses der Verhandlungen für einen wirksamen Mechanismus zur Suspendierung von Überstellungen nach der Dublin-II-Verordnung in Mitgliedstaaten, in denen eine Gefahr für die Verletzung ihrer Grundrechte besteht;

¹ In der Beschwerde M.S.S. gegen Belgien und Griechenland verurteilte der EGMR Griechenland und Belgien wegen der Verletzung der Artikel 3 und 13 der EMRK.

² Urteil vom 21. Dezember 2011 in den verbundenen Rechtssachen C-411/10 und C-493/10, NS/Secretary of State for the Home Department (England and Wales) und M. E. u. a./Refugee Applications Commissioner, Minister for Justice, Equality and Law Reform (Ireland).

Or. en

Änderungsantrag 363

Mario Borghezio

Entschließungsantrag

Ziffer 36

Entschließungsantrag

Geänderter Text

36. betont seine Entschlossenheit, die umfassende parlamentarische Kontrolle der

36. betont seine Entschlossenheit, die umfassende parlamentarische Kontrolle der

Agenturen der EU im Bereich Justiz und Inneres, insbesondere von Europol, Frontex, Cepol, Eurojust und der Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen zu gewährleisten; **fordert diese Agenturen auf, die Grundrechtsdimension ihrer Tätigkeiten zu verstärken;**

Agenturen der EU im Bereich Justiz und Inneres, insbesondere von Europol, Frontex, Cepol, Eurojust und der Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen zu gewährleisten;

Or. it

Änderungsantrag 364
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag

36. betont seine Entschlossenheit, die umfassende parlamentarische Kontrolle der Agenturen der EU im Bereich Justiz und Inneres, insbesondere von Europol, Frontex, Cepol, Eurojust und der Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen zu gewährleisten; fordert diese Agenturen auf, die **Grundrechtsdimension ihrer Tätigkeiten zu verstärken;**

Geänderter Text

36. betont seine Entschlossenheit, die umfassende parlamentarische **Prüfung und** Kontrolle der Agenturen der EU im Bereich Justiz und Inneres, insbesondere von Europol, Frontex, Cepol, Eurojust und der Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen zu gewährleisten; fordert diese Agenturen auf, **in ihren Tätigkeiten die Achtung der Grundrechte zu gewährleisten;**

Or. fr

Änderungsantrag 365
Mariya Gabriel

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag

36. betont seine Entschlossenheit, die umfassende parlamentarische Kontrolle der Agenturen der EU im Bereich Justiz und Inneres, insbesondere von Europol,

Geänderter Text

36. betont seine Entschlossenheit, die umfassende parlamentarische Kontrolle der Agenturen der EU im Bereich Justiz und Inneres, insbesondere von Europol,

Frontex, Cepol, Eurojust und der Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen zu gewährleisten; fordert diese Agenturen auf, die Grundrechtsdimension ihrer Tätigkeiten zu verstärken;

Frontex, Cepol, Eurojust und der Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen zu gewährleisten; fordert diese Agenturen auf, die Grundrechtsdimension ihrer Tätigkeiten zu verstärken, **und insbesondere bei der Kontrolle der Binnen- und Außengrenzen die Achtung der Grundrechte zu gewährleisten;**

Or. fr

Änderungsantrag 366

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 36 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

36a. betont die Notwendigkeit, die praktische Umsetzung des Mandats der EASO zu überwachen und die Notwendigkeit, dass die grundrechtsrelevanten Aspekte der Tätigkeit von Europol in der Neuverhandlung der Aufgaben im Jahr 2013 angesprochen werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 367

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 36 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

36b. fordert im Zusammenhang mit zukünftigen Schengen-Bewertungen die wirksame Umsetzung der Bestimmungen zu den Grundrechten im Schengener Grenzkodex und im Visakodex der

Gemeinschaft;

Or. en

Änderungsantrag 368

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 36 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

36c. betont, dass die Grundsätze der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der erhobenen und gespeicherten Daten auf die neuen Technologien zur Speicherung von personenbezogenen Daten und für die Grenzüberwachung Anwendung finden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 369

Mario Borghezio

Entschließungsantrag

Ziffer 37

Entschließungsantrag

Geänderter Text

37. kritisiert entschieden Vorschläge für die Wiedereinführung der Grenzkontrollen im Schengen-Raum, da diese die Freizügigkeit innerhalb der EU und das Funktionieren der Schengen-Zusammenarbeit beeinträchtigen würde;

entfällt

Or. it

Änderungsantrag 370

Marie-Christine Vergiat

**Entschließungsantrag
Ziffer 37**

Entschließungsantrag

37. **kritisiert** entschieden Vorschläge für die Wiedereinführung der Grenzkontrollen im Schengen-Raum, da diese die Freizügigkeit innerhalb der EU und das Funktionieren der Schengen-Zusammenarbeit beeinträchtigen würde;

Geänderter Text

37. **verurteilt** entschieden Vorschläge für die Wiedereinführung der Grenzkontrollen im Schengen-Raum, da diese die Freizügigkeit innerhalb der EU und das Funktionieren der Schengen-Zusammenarbeit beeinträchtigen würde; **verurteilt ferner den Vorschlag der Kommission im Hinblick auf das Projekt „Intelligente Grenzen“, der die Überwachung der Außengrenzen der EU durch technologische Mittel verallgemeinert und die Schaffung einer Festung Europa fördert, aber vor allen eine Verletzung der Menschenwürde darstellen würde, indem Einwanderung und Kriminalität vermischt werden und das Freizügigkeitsrecht verletzt wird;**

Or. fr

**Änderungsantrag 371
Renate Weber, Sophia in 't Veld**

**Entschließungsantrag
Ziffer 37**

Entschließungsantrag

37. **kritisiert** entschieden **Vorschläge** für die Wiedereinführung der Grenzkontrollen im Schengen-Raum, da diese die Freizügigkeit innerhalb der EU und das Funktionieren **der Schengen-Zusammenarbeit** beeinträchtigen **würde**;

Geänderter Text

37. **widerspricht** entschieden **neuen Gründen** für die Wiedereinführung der Grenzkontrollen im Schengen-Raum, da diese die Freizügigkeit innerhalb der EU und das Funktionieren **des Schengen-Raums** beeinträchtigen **würden**;

Or. en

**Änderungsantrag 372
Mitro Repo**

**Entschließungsantrag
Ziffer 37**

Entschließungsantrag

37. kritisiert entschieden Vorschläge für die Wiedereinführung der Grenzkontrollen im Schengen-Raum, da diese die Freizügigkeit innerhalb der EU und das Funktionieren der Schengen-Zusammenarbeit beeinträchtigen würde;

Geänderter Text

37. betont, dass der freie Personenverkehr innerhalb des Schengen-Raums eines der greifbarsten Rechte der Unionsbürger ist; kritisiert entschieden Vorschläge für die Wiedereinführung der Grenzkontrollen im Schengen-Raum, da diese die Freizügigkeit innerhalb der EU und das Funktionieren der Schengen-Zusammenarbeit beeinträchtigen würde;

Or. fi

**Änderungsantrag 373
Mario Borghezio**

**Entschließungsantrag
Ziffer 38**

Entschließungsantrag

38. betont, wie wichtig ein Bewertungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands im Einklang mit den Grundrechtsprinzipien ist;

Geänderter Text

entfällt

Or. it

**Änderungsantrag 374
Ioan Enciu**

**Entschließungsantrag
Ziffer 38**

Entschließungsantrag

38. betont, wie wichtig ein Bewertungs- und Überwachungsmechanismus für die

Geänderter Text

38. bringt seine Besorgnis über die zunehmenden Verletzungen des

Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands im Einklang mit den Grundrechtsprinzipien *ist*;

Schengen-Besitzstands in den Mitgliedstaaten zum Ausdruck, die die Reisefreiheit innerhalb der Europäischen Union beeinträchtigen und betont infolgedessen, wie wichtig ein europäischer Bewertungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands ist, der im Einklang mit Artikel 77 AEUV und mit den Grundrechtsprinzipien angenommen wird;

Or. ro

Änderungsantrag 375
Renate Weber, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag

38. betont, wie wichtig ein Bewertungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands im Einklang mit den Grundrechtsprinzipien ist;

Geänderter Text

38. betont, wie wichtig ein Bewertungs- und Überwachungsmechanismus *der EU* für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands im Einklang mit den Grundrechtsprinzipien ist;

Or. en

Änderungsantrag 376
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag

38. betont, wie wichtig ein Bewertungs- und Überwachungsmechanismus für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands im Einklang mit den Grundrechtsprinzipien ist;

Geänderter Text

38. betont, wie wichtig ein Bewertungs- und Überwachungsmechanismus *der Gemeinschaft* für die Überprüfung der Anwendung des Schengen-Besitzstands im Einklang mit den Grundrechtsprinzipien ist;

Änderungsantrag 377
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 38 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

38a. ist besorgt über die fehlenden harmonisierten Verfahrensgarantien in Bezug auf die Anfechtung der Rechtmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit der Ausschreibung im Schengener Informationssystem oder vergleichbarer einzelstaatlicher Datenbanken;

Or. en

Änderungsantrag 378
Sylvie Guillaume

Entschließungsantrag
Ziffer 38 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

38a. fordert alle Mitgliedstaaten, die das Übereinkommen des Europarates über die Beteiligung von Ausländern am kommunalen öffentlichen Leben noch nicht ratifiziert haben, dazu auf, dies zu tun, und diejenigen Mitgliedstaaten, die dieses Übereinkommen ratifiziert haben, Artikel 6 des Übereinkommens in die Praxis umzusetzen, der vorsieht, jedem ansässigen Ausländer bei Kommunalwahlen das aktive und passive Wahlrecht zuzugestehen, der in den letzten fünf Jahren vor der Wahl rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in dem betreffenden Staat hatte;

Änderungsantrag 379
Kinga Göncz

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag

39. fordert die Organe und Einrichtungen der EU auf, Herausforderungen anzugehen wie die Aufhebung des Sorgerechts eines oder beider Elternteile, vermisste Kinder, den sexuellen Missbrauch von Kindern und Kinderpornografie, den Schutz unbegleiteter Migrantenkinder und die Lage von *behinderten* Heimkindern wirksam;

Geänderter Text

39. fordert die Organe und Einrichtungen der EU auf, Herausforderungen anzugehen wie die Aufhebung des Sorgerechts eines oder beider Elternteile, vermisste Kinder, den sexuellen Missbrauch von Kindern und Kinderpornografie, den Schutz unbegleiteter Migrantenkinder und die Lage von Heimkindern *mit Behinderungen* wirksam;

Or. en

Änderungsantrag 380
Petru Constantin Luhan

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag

39. fordert die Organe und Einrichtungen der EU auf, Herausforderungen anzugehen wie die Aufhebung des Sorgerechts eines oder beider Elternteile, vermisste Kinder, den sexuellen Missbrauch von Kindern und Kinderpornografie, den Schutz unbegleiteter Migrantenkinder und die Lage von behinderten Heimkindern wirksam;

Geänderter Text

39. fordert die Organe und Einrichtungen der EU auf, Herausforderungen anzugehen wie die Aufhebung des Sorgerechts eines oder beider Elternteile, vermisste Kinder, den sexuellen Missbrauch von Kindern und Kinderpornografie, den Schutz unbegleiteter Migrantenkinder und die Lage von behinderten Heimkindern *sowie den Schutz von Kindern, die Opfer von Gewalt in der Familie und von Kinderarbeit wurden* wirksam;

Or. ro

Änderungsantrag 381
Tatjana Zdanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 39 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

39a. fordert die Mitgliedstaaten auf, jegliche militärische Rekrutierung, Ausbildung und Registrierung von Personen unter 18 Jahren einzustellen; fordert in diesem Zusammenhang die Kommission und den Rat auf, eine Reform des Sicherheits- und Verteidigungssektors vorzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 382
Anna Záborská

Entschließungsantrag
Ziffer 40

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40. begrüßt die von der Kommission erarbeitete EU-Agenda für die Rechte des Kindes, die Bemühungen der Kommission um Sicherstellung der Achtung und der Förderung der Rechte des Kindes bei Gerichtsverfahren sowie die Tatsache, dass die Richtlinie für die Rechte und den Schutz von Opfern von Straftaten einen stärkeren Schutz von Kindern als verletzte Opfer gewährleistet;

40. begrüßt die von der Kommission erarbeitete EU-Agenda für die Rechte des Kindes, die Bemühungen der Kommission um Sicherstellung der Achtung und der Förderung der Rechte des Kindes bei Gerichtsverfahren sowie die Tatsache, dass die Richtlinie für die Rechte und den Schutz von Opfern von Straftaten einen stärkeren Schutz von Kindern als verletzte Opfer gewährleistet; **bedauert jedoch, dass die Agenda nicht deutlich die vorrangige Verantwortung beider Elternteile für das Wohl ihres Kindes sowie die Rechte des Kindes hervorhebt;**

Or. en

Änderungsantrag 383
Antigoni Papadopoulou

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40a. fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Beschäftigung von Kindern unter dem Mindestschulabgangsalter zu verbieten; betont, dass junge Menschen auf Arbeit vor wirtschaftlicher Ausbeutung, und allem, was Sicherheit, ihre Gesundheit, ihre körperliche, geistige, sittliche oder soziale Entwicklung beeinträchtigen oder ihre Erziehung gefährden könnte, geschützt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 384
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40a. fordert die Organe der EU und alle Mitgliedstaaten auf, kinderfreundliche Maßnahmen in Bereichen wie Beschäftigung, Umwelt, Sicherheit oder Migration zu entwickeln; betont die Bedeutung der Investitionen in kinderorientierte Maßnahmen durch Neuausrichtung von bestehenden Haushaltlinien und durch neue Investitionen;

Or. en

Änderungsantrag 385
Kinga Gál

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40a. fordert die Organe der EU und alle Mitgliedstaaten auf, kinderfreundliche Maßnahmen, insbesondere in Bezug auf die Justiz, die Bildung und den Datenschutz, zu entwickeln;

Or. en

Änderungsantrag 386
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40a. betont, dass unbegleitete Minderjährige nicht inhaftiert werden sollten, da es sich um schutzbedürftige Personen handelt, die besonderer Aufnahme bedürfen;

Or. fr

Änderungsantrag 387
Konrad Szymański, Janusz Wojciechowski

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40a. ist der Ansicht, dass im Bereich der Kinderrechte der Vorrang der von Mutter und Vater geteilten Vorbildfunktion für ihre Kinder und ihre einzigartige und

privilegierte Position im Hinblick auf den Schutz des Kindeswohls in vollem Umfang berücksichtigt werden muss; darüber hinaus ist der harmonischen und vollen Entwicklung der Persönlichkeit des Kindes und dem Schutz seiner psychischen Gesundheit besondere Aufmerksamkeit zu schenken;

Or. en

Änderungsantrag 388
Anna Záborská

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40a. erinnert daran, dass die EU und die Mitgliedstaaten die Rechte und Pflichten von Eltern, Erziehungsberechtigten oder anderen Personen, die rechtlich für das Kind verantwortlich sind, berücksichtigen müssen;

Or. en

Änderungsantrag 389
Gianni Vattimo

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40a. fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass Straflosigkeit in Untersuchungen von Pädophilie nicht toleriert wird, auch wenn sie von Geistlichen praktiziert wird, und dass diplomatische Immunität aufgehoben wird;

Änderungsantrag 390
Renate Weber, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag
Ziffer 40 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40a. fordert andere Interessensträger wie die EU-Agenturen wie EUROPOL und die Mitgliedstaaten auf, wenn sie die Menschenrechte zu einem vorrangigen Anliegen machen, ein ganzheitliches, koordiniertes und integriertes Vorgehen bei der Zusammenarbeit auf EU-Ebene zu sichern;

fordert die Mitgliedstaaten auf, angemessene rechtliche Rahmen und angemessene und einheitliche Definitionen des Menschenhandels zu verabschieden, und für innerstaatliche Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Akteuren zu sorgen, die den Schutz und die Förderung der Menschenrechte der Opfer des Menschenhandels zu garantieren haben;

fordert die Mitgliedstaaten auf, Forschung zum Menschenhandel zu fördern, um die Politik der Regierungen in Bereichen wie Migration, Arbeitsmarkt, Wirtschaft usw. angemessen anzupassen;

Änderungsantrag 391
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 40 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40b. fordert die Mitgliedstaaten auf, die ordnungsgemäße Umsetzung der Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie¹ und der Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel² zu gewährleisten;

¹ ABl. L335 vom 17.12.2011, S. 1.

² ABl. L 101 vom 15.4.2011, S. 1.

Or. en

Änderungsantrag 392
Anna Záborská

Entschließungsantrag
Ziffer 40 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40b. fordert, die Mitgliedstaaten auf, den Beziehungen zwischen Eltern und Kindern besondere Aufmerksamkeit beizumessen, beispielsweise durch länderspezifische Programme, welche konkrete Maßnahmen beinhalten, um die größte und bestmögliche Unterstützung zur Erfüllung der elterlichen Pflichten der Erziehungsberechtigten zu ermöglichen, damit das Auseinanderbrechen von Familien, die Misshandlung von Kindern und ihre Unterbringung in sozialen Einrichtungen infolge extremer Armut vermieden wird beziehungsweise dies als absolut letzte Möglichkeit in Erwägung gezogen wird;

Or. en

Änderungsantrag 393
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 40 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40c. fordert alle EU-Mitgliedstaaten, die dies noch nicht getan haben, auf, das Fakultativprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornografie und das Übereinkommen des Europarates zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch von 2007 zu ratifizieren;

Or. en

Änderungsantrag 394
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 40 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40d. begrüßt die Tatsache, dass verschiedene Mitgliedstaaten bereits ihre Strafgesetzbücher überarbeitet haben, um Gewalt im Internet und verschiedene Formen sexueller Gewalt zu kriminalisieren;

Or. en

Änderungsantrag 395
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 40 e (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40e. betont die Notwendigkeit den Fortschritt im Kampf gegen den Menschenhandel unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des EU-Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels zu evaluieren;

Or. en

Änderungsantrag 396

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 40 f (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40f. begrüßt den Aktionsplan der Kommission zu unbegleiteten Minderjährigen (2010-2014); fordert die Kommission auf, das Europäische Parlament über die Erkenntnisse der Expertengruppe zu unbegleiteten Minderjährigen im Rahmen der Migration zu informieren;

Or. en

Änderungsantrag 397

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 40 g (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40g. fordert die Kommission auf, die Rechte der Kinder in sämtlichen Maßnahmen der EU zu berücksichtigen, und die bisherige Arbeit des Koordinators für Kinderrechte und des Europäischen

Forums für die Rechte des Kindes zu bewerten;

Or. en

Änderungsantrag 398

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 40 h (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

40h. regt die Verwendung der von der Grundrechteagentur entwickelten Indikatoren zu den Kinderrechten bei der Überprüfung von Maßnahmen der EU an; fordert die Entwicklung praktischer Leitlinien, wie diese Indikatoren am besten verwendet werden könnten;

Or. en

Änderungsantrag 399

Petru Constantin Luhan

Entschließungsantrag

Ziffer 41

Entschließungsantrag

Geänderter Text

41. bedauert, dass die in einem anderen als ihrem Heimatland ansässigen EU-Bürger nicht effektiv über ihre Rechte informiert werden, und fordert die Mitgliedstaaten zur Verbesserung ihrer Informationssysteme auf;

41. bedauert, dass die in einem anderen als ihrem Heimatland ansässigen EU-Bürger nicht effektiv über ihre Rechte informiert werden, und fordert die Mitgliedstaaten zur Verbesserung ihrer Informationssysteme, ***insbesondere im Hinblick auf den Zugang zu den Gerichten und bezüglich des Rechts, vor den Gerichten vertreten zu werden,*** auf;

Or. ro

Änderungsantrag 400
Anna Hedh, Britta Thomsen

Entschließungsantrag
Ziffer 41 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

41a. betont die Notwendigkeit, die erforderliche Dimension der Geschlechtergleichstellung in Bezug auf Opferrechte in den Vorschlag für eine Richtlinie über Mindeststandards für die Rechte und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie für die Opferhilfe aufzunehmen; ist der Ansicht, dass die Definition geschlechtsbezogener Gewalt sich auf Gewalt gegen Frauen beziehen sollte und die Definition der Gewalt in engen Beziehungen eine konkrete Geschlechterdimension benötigt;

Or. en

Änderungsantrag 401
Antigoni Papadopoulou

Entschließungsantrag
Ziffer 41 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

41a. betont die Notwendigkeit, die erforderliche Dimension der Geschlechtergleichstellung in Bezug auf Opferrechte in den Vorschlag für eine Richtlinie über Mindeststandards für die Rechte und den Schutz von Opfern von Straftaten sowie für die Opferhilfe aufzunehmen, und stellt fest, dass die Definition der Gewalt in engen Beziehungen eine konkrete Geschlechterdimension benötigt;

Or. en

Änderungsantrag 402

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 41 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

41a. fordert die Mitgliedstaat auf, ihre Asylverfahren zu reformieren, um dem in der Rechtsprechung des EuGH und des EGMR geforderten wirksamen Rechtsbehelf zu gewährleisten, insbesondere für die Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen eine Entscheidung geltende Fristen, eine negative Entscheidung und Bestimmungen zum Bleiberecht im Aufnahmestaat während des Rechtsbehelfsverfahrens;

Or. en

Änderungsantrag 403

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 41 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

41b. hebt die Bedeutung der Verhandlungen zur Änderung der Dublin-II-Verordnung hervor, und betont, dass effektivere Verfahren nicht zu Lasten der Rechte der Antragsteller gehen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 404

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

**Entschließungsantrag
Ziffer 41 c (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

41c. erinnert an die Bedeutung der Richtlinie über Saisonarbeitnehmer¹ für die Verringerung von Unregelmäßigkeiten auf Arbeitsstellen und der Gefahr der Ausbeutung, und fordert nachdrücklich den schnellen Abschluss der Verhandlungen;

¹ COM(2010)379 endg.

Or. en

**Änderungsantrag 405
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber**

**Entschließungsantrag
Ziffer 41 d (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

41d. fordert die Kommission auf, angesichts ihrer Bewertung der europäischen Rückübernahmeabkommen¹, vom überhasteten Abschluss neuer Abkommen abzusehen, die zur Verletzung von Grundrechten führen; fordert den Rat auf, den Grundsatz „kein Abkommen um jeden Preis“ einzuhalten;

¹ COM(2011)76 endg.

Or. en

**Änderungsantrag 406
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber**

**Entschließungsantrag
Ziffer 41 e (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

41e. verurteilt nachdrücklich den extensiven Gebrauch von Festnahmen durch die meisten Mitgliedstaaten, um die Abschiebung von Immigranten zu erleichtern, und fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, Alternativen zur Festnahme in die einzelstaatlichen Rechtsordnungen aufzunehmen;

Or. en

**Änderungsantrag 407
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber**

**Entschließungsantrag
Ziffer 41 f (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

41f. fordert Grenzkontrollen, in denen auf die Grundrechte geachtet wird, und betont die Notwendigkeit der demokratischen Kontrolle durch das Parlament über die Aktivitäten von Frontex;

Or. en

**Änderungsantrag 408
Anna Záborská**

**Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 10 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

Wirksamer Zugang der Ärmsten zu allen Grundrechten

Änderungsantrag 409
Anna Záborská

Entschließungsantrag
Ziffer 43 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43a. bekräftigt nachdrücklich seine an den Rat gerichtete Forderung, das Thema „Wirksamer Zugang der Ärmsten zu allen Grundrechten“ in die Themenbereiche des nächsten mehrjährigen Rahmens der Grundrechteagentur aufzunehmen;

Or. fr

Änderungsantrag 410
Valdemar Tomaševski

Entschließungsantrag
Ziffer 43 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43a. fordert die Mitgliedstaaten auf, die in den jeweiligen Staaten für nationale Minderheiten geltende Prozenzhürde bei Wahlen zu beseitigen;

Or. pl

Änderungsantrag 411
Marie-Christine Vergiat

Entschließungsantrag
Ziffer 43 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43a. weist darauf hin, dass die Unionsbürgerschaft gemäß Artikel 21 der AEMR das Recht der Bürger umfasst, in dem Land, in dem sie ihren ständigen Wohnsitz haben, an den öffentlichen Angelegenheiten mitzuwirken; erinnert daran, dass die Unionsbürgerschaft nicht auf das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen beschränkt ist, noch auf das Recht der Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit, wie wichtig diese Rechte auch sein mögen, betont daher, dass zur Unionsbürgerschaft gehört, dass jede Person mit Aufenthalt auf dem Territorium der EU aktiv und ohne jegliche Diskriminierung am demokratischen, politischen, sozialen und kulturellen Leben des Mitgliedstaats, in dem sie sich aufhält, teilnehmen kann und alle Rechte und politischen, zivilen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Grundfreiheiten, die die EU anerkennt, wahrnehmen kann;

Or. fr

**Änderungsantrag 412
Kinga Göncz**

**Entschließungsantrag
Ziffer 43 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43a. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Gerichtssysteme umzustrukturieren, das Niveau der Gerichtsgebühren zu überprüfen, das System der Prozesskostenhilfe zu reformieren und alternative Verfahren zur Streitbeilegung bereitzustellen, um den gleichen Zugang zur Justiz in möglichst großem Umfang zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 413

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 43 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43a. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Gerichtssysteme umzustrukturieren, das Niveau der Gerichtsgebühren zu überprüfen, das System der Prozesskostenhilfe zu reformieren und alternative Verfahren zur Streitbeilegung bereitzustellen, um den Zugang zur Justiz in möglichst großem Umfang zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 414

Renate Weber, Sophia in 't Veld, Gianni Vattimo

Entschließungsantrag

Ziffer 43 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43a. ist besorgt im Hinblick auf die Achtung des Grundsatzes des fairen Verfahrens in der EU und ihren Mitgliedstaaten und insbesondere im Hinblick auf jüngste Vorschläge zu „geheimen Beweismitteln“, die den staatlichen Stellen gestatten würden, Beweise gegen Einzelpersonen zu nutzen, die diese nicht anfechten oder gar nicht sehen könnten, was in deutlichem Widerspruch zu europäischen Grundrechten und Standards steht;

Or. en

Änderungsantrag 415
Tatjana Ždanoka

Entschließungsantrag
Ziffer 43 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43a. fordert die Kommission auf, den Fahrplan zur Stärkung der Verfahrensrechte von Verdächtigen oder Beschuldigten in Strafverfahren fertigzustellen und dabei sicherzustellen, dass die Rechte im Zusammenhang mit einem fairen Verfahren in der Praxis wirksam wahrgenommen werden können;

Or. en

Änderungsantrag 416
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 43 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43b. fordert die Organe der EU und die Mitgliedstaaten auf, zu prüfen, wie gemeinsame Rechtsgrundsätze zu kollektivem Rechtsschutz in das EU-Rechtssystem und in die Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten passen könnten;

Or. en

Änderungsantrag 417
Renate Weber, Sophia in 't Veld, Gianni Vattimo

Entschließungsantrag
Ziffer 43 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43b. fordert die Mitgliedstaaten auf, sicherzustellen, dass Auslieferung in Drittstaaten nicht gegen die Grundrechte verstößt und regt an, dass sie ihre internationalen Verträge überprüfen; ist besorgt über die mögliche Auslieferung des 23-jährigen Richard O'Dwyer aus dem Vereinigten Königreich in die USA wegen Urheberrechtverletzung und fordert eine Lösung, die sicherstellt, dass seine Grundrechte nicht verletzt werden;

Or. en

**Änderungsantrag 418
Tatjana Zdanoka**

**Entschließungsantrag
Ziffer 43 b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43b. fordert die Kommission auf, die effektive Umsetzung des Rechts auf Zugang zur Justiz in der EU im Zusammenhang mit dem Recht jeder Person gegenwärtiger und künftiger Generationen auf ein Leben in einer ihrer Gesundheit und ihrem Wohlbefinden zuträglichen Umwelt zu prüfen;

Or. en

**Änderungsantrag 419
Anna Záborská**

**Entschließungsantrag
Ziffer 43 b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43b. fordert die Agentur für Grundrechte auf, eine vorläufige Studie zum Thema „Wirksamer Zugang der Ärmsten zu allen Grundrechten“ sowie zu mit extremer Armut verbundener Diskriminierung durchzuführen, wobei die nichtstaatlichen Organisationen einbezogen werden, in denen sich die sozial ausgeschlossenen Personen frei äußern können;

Or. fr

Änderungsantrag 420

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 43 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43c. fordert die Mitgliedstaaten auf, sich mit geschlechtsspezifischer Kriminalität auseinanderzusetzen und wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt vorzuschlagen, wenn nötig mittels Anwendung der Gesetzgebung zu Schutzmaßnahmen;

Or. en

Änderungsantrag 421

Gianni Vattimo

Entschließungsantrag

Ziffer 43 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43c. ist wegen des Falls von Julian Assange besorgt, und fordert die Behörden des Vereinigten Königreichs auf, ihren Standpunkt zu seiner Auslieferung nach Schweden zu überdenken, die Behörden Schwedens die

Glaubwürdigkeit derjenigen zu prüfen, die die Anschuldigungen vortragen, und fordert in jedem Fall, Julian Assange nicht in die USA auszuliefern, wo er ein Verfahren und Behandlungen erfahren könnte, die nicht die Grundrechte garantieren, wie sie von den europäischen Standards garantiert werden, möglicherweise auch ein geheimes Verfahren und die Todesstrafe;

Or. en

**Änderungsantrag 422
Anna Záborská**

**Entschließungsantrag
Ziffer 43 c (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43c. betrachtet die extreme Armut als eine Verletzung der Grundrechte, die durch eine Vielfalt von Verletzungen, die sich gegenseitig verstärken, gekennzeichnet ist und die die Menschen in einen Teufelskreis einschließt;

Or. fr

**Änderungsantrag 423
Monika Flašíková Beňová, Renate Weber**

**Entschließungsantrag
Ziffer 43 d (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43d. begrüßt den Fahrplan zur Stärkung der Rechte und des Schutzes von Opfern, der vom Rat angenommen wurde, und den Vorschlag der Kommission zum Maßnahmenpaket für Opfer, das besonders die Bedürfnisse der Opfer im

*Kindesalter und der Opfer des
Terrorismus behandelt;*

Or. en

Änderungsantrag 424
Anna Záborská

Entschließungsantrag
Ziffer 43 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43d. fordert die einzelstaatlichen und europäischen Institutionen auf, am 17. Oktober den Internationalen Tag der Armutsbekämpfung der Vereinten Nationen zu begehen, wobei die nichtstaatlichen Organisationen einbezogen werden, in denen sich die sozial ausgeschlossenen Personen frei äußern können;

Or. fr

Änderungsantrag 425
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 43 e (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43e. fordert die Mitgliedstaaten auf, finanzielle Mittel für Bereitschaftsdienste für Verbrechenopfer bereitzustellen, wobei die bevorstehende Bewertung von Möglichkeiten und vielversprechenden Praktiken in den Mitgliedstaaten durch die Grundrechteagentur zu berücksichtigen ist;

Or. en

Änderungsantrag 426
Anna Záborská

Entschließungsantrag
Ziffer 43 e (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43e. fordert die Union auf, die überarbeitete Sozialcharta in ihrer Gesamtheit zu ratifizieren, einschließlich Artikel 30 und 31;

Or. fr

Änderungsantrag 427
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 43 f (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43f. betont, dass die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus auf der vollumfänglichen Beachtung der internationalen Standards und Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte basieren sollte;

Or. en

Änderungsantrag 428
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 43 g (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43g. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Wahrheit in Bezug auf ihre Beteiligung

am Programm der CIA für Überstellungen und dem geheimen Festhalten vorzulegen, die mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und ihre Systeme zu reformieren, um ähnlichen Missbrauch in der Zukunft zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 429

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 43 h (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43h. begrüßt den Fahrplan zu Strafverfahren und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um starke EU-weite Standards der Verfahrensrechte für Angeklagte und Opfer zu erreichen;

Or. en

Änderungsantrag 430

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 43 i (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

43i. weist auf die verbleibenden Unzulänglichkeiten im Bereich der Mindestschutzgarantien für Verteidigungsrechte hin und weist ferner darauf hin, dass der Menschenrechtskommissar des Europarates den Mangel effektiven Rechtsschutzes gegen den Europäischen

Haftbefehl und seine Verwendung für geringfügige Straftaten in Frage gestellt hat;

Or. en

**Änderungsantrag 431
Mario Borghezio**

**Entschließungsantrag
Ziffer 44**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

44. fordert die Kommission auf, eine Vergleichsstudie zum Wahlrecht auf nationaler und EU-Ebene durchzuführen, um Unterschiede zu ermitteln, die unfaire Auswirkungen auf bestimmte Personengruppen in der EU haben, und dieser entsprechende Empfehlungen zur Überwindung der Diskriminierung beizufügen;

entfällt

Or. it

**Änderungsantrag 432
Mikael Gustafsson**

**im Namen des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
Lívía Járóka, Mariya Gabriel**

**Entschließungsantrag
Ziffer 44**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

44. fordert die Kommission auf, eine Vergleichsstudie zum Wahlrecht auf nationaler und EU-Ebene durchzuführen, um Unterschiede zu ermitteln, die unfaire Auswirkungen auf bestimmte Personengruppen in der EU haben, und dieser entsprechende Empfehlungen zur Überwindung der Diskriminierung

44. fordert die Kommission auf, eine Vergleichsstudie zum Wahlrecht auf nationaler und EU-Ebene durchzuführen, um Unterschiede zu ermitteln, die unfaire Auswirkungen auf bestimmte Personengruppen in der EU haben, und dieser entsprechende Empfehlungen zur Überwindung der Diskriminierung

beizufügen;

beizufügen; *erinnert daran, wie wichtig eine Vorzugsbehandlung und spezielle Maßnahmen bei der Förderung der Vertretung von Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und benachteiligter Gruppen in Entscheidungspositionen sind;*

Or. en

**Änderungsantrag 433
Antigoni Papadopoulou**

**Entschließungsantrag
Ziffer 44 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

44a. erinnert daran, dass mit dem Vertrag von Maastricht (1992) der Begriff der „Unionsbürgerschaft“ eingeführt wurde, die jeder Unionsbürgerin und jedem Unionsbürger das Recht verleiht, sich im gesamten Gebiet der Union frei zu bewegen und aufzuhalten, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament im Wohnsitzmitgliedstaat verleiht, den diplomatischen und konsularischen Schutz eines jeden Mitgliedstaates gewährleistet sowie das Recht verleiht, eine Petition an das Europäische Parlament zu richten und den Europäischen Bürgerbeauftragten zu befassen; erinnert ferner daran, dass mit der Unionsbürgerschaft eine Reihe von Rechten in mehreren Bereichen wie dem freien Waren- und Dienstleistungsverkehr, dem Verbraucherschutz, der öffentlichen Gesundheit, der Chancengleichheit und Gleichbehandlung, dem Zugang zur Beschäftigung und der sozialen Sicherheit verbunden sind; stellt fest, dass die Verträge von Amsterdam (1997) und Lissabon (2009) die mit der

*Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte
weiter gestärkt haben;*

Or. en

Änderungsantrag 434

Renate Weber, Sophia in 't Veld, Gianni Vattimo, Sonia Alfano

Entschließungsantrag

Ziffer 44 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*44a. ist über die Lage der Demokratie, der
Rechtstaatlichkeit, der Gewaltenteilung,
der Medien und der Grundrechte in
einigen Mitgliedstaaten äußerst besorgt,
insbesondere über die Praxis von
Regierenden, Personen für unabhängige
Ämter aufgrund bloßer Parteipolitik
anstelle von Kompetenz, Erfahrung und
Unabhängigkeit auszuwählen, zu
ernennen und zu entlassen, etwa in
Verfassungsgerichten, in der Justiz, in der
Leitung öffentlicher Rundfunk- und
Mediananstalten, in
Medienregulierungsbehörden,
Bürgerbeauftragte oder
Kommissionsmitglieder;*

Or. en

Änderungsantrag 435

Alexander Mirsky

Entschließungsantrag

Ziffer 44 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

*44a. fordert die EU-Mitgliedstaaten auf,
die Erfahrungen zu studieren und
Konsultationen und Empfehlungen von
den Ländern anzunehmen, die Nicht-*

Staatsbürgern gestatten, an Kommunalwahlen teilzunehmen, um ihre Verfassungen zu ändern, damit Nicht-Staatsbürgern gestattet wird, an Kommunalwahlen teilzunehmen;

Or. en

**Änderungsantrag 436
Alexander Mirsky**

**Entschließungsantrag
Ziffer 44 b (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

44b. betont, dass nach dem Gleichheitsgrundsatz alle in der EU ansässigen Personen, die regelmäßig Steuern zahlen und dauerhaft aufenthaltsberechtigt sind, die Möglichkeit haben sollten, am politischen Leben des Landes teilzunehmen;

Or. en

**Änderungsantrag 437
Alexander Mirsky**

**Entschließungsantrag
Ziffer 44 c (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

44c. fordert die Kommission auf, die Lage der Nichtbürger, insbesondere im Bericht über die Unionsbürgerschaft und im Bericht über die Anwendung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, anzusprechen;

Or. en

Änderungsantrag 438
Alexander Mirsky

Entschließungsantrag
Ziffer 44 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

44d. bekräftigt seine Empfehlung an die lettischen Behörden, die ihnen nahelegt, zu erwägen, ob seit langem ansässigen Nichtbürgern die Teilnahme an Wahlen zu kommunalen Selbstverwaltungsorganen ermöglicht werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 439
Antigoni Papadopoulou

Entschließungsantrag
Ziffer 45

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45. fordert die Mitgliedstaaten auf, Informationskampagnen zur Unterrichtung der EU-Bürger über ihr passives und aktives Wahlrecht durchzuführen; fordert, dass in allen Mitgliedstaaten, die erforderlichen Reformen der europäischen Wahlverfahren durchgeführt werden, damit eine aktive Unionsbürgerschaft erreicht wird;

45. fordert die Mitgliedstaaten auf, Informationskampagnen zur Unterrichtung der EU-Bürger über ihr passives und aktives Wahlrecht durchzuführen; fordert, dass in allen Mitgliedstaaten, die erforderlichen Reformen der europäischen Wahlverfahren durchgeführt werden, damit eine aktive Unionsbürgerschaft erreicht wird; ***ist der Ansicht, dass aktive und partizipative Unionsbürgerschaft auch durch den Zugang zu Dokumenten und Informationen, Transparenz, verantwortungsvolle Regierungsführung und gute Verwaltung, demokratische Beteiligung und Vertretung einschließlich einer möglichst unionsbürgernahen Entscheidungsfindung gefördert werden sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 440
Antigoni Papadopoulou

Entschließungsantrag
Ziffer 45

Entschließungsantrag

45. fordert die Mitgliedstaaten auf, **Informationskampagnen** zur Unterrichtung der EU-Bürger über ihr passives und aktives Wahlrecht durchzuführen; fordert, dass in allen Mitgliedstaaten, die erforderlichen Reformen der europäischen Wahlverfahren durchgeführt werden, damit eine aktive Unionsbürgerschaft erreicht wird;

Geänderter Text

45. fordert die Mitgliedstaaten auf, **Informations- und Sensibilisierungskampagnen** zur Unterrichtung der EU-Bürger über ihr passives und aktives Wahlrecht durchzuführen, **wobei den Bedürfnissen spezifischer Zielgruppen und schutzbedürftiger Gruppen Rechnung zu tragen ist**; fordert, dass in allen Mitgliedstaaten, die erforderlichen Reformen der europäischen Wahlverfahren durchgeführt werden, damit eine aktive Unionsbürgerschaft erreicht wird;

Or. en

Änderungsantrag 441
Antigoni Papadopoulou

Entschließungsantrag
Ziffer 45 a (neu)

Entschließungsantrag

45a. begrüßt die Entscheidung, das Jahr 2013 zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger zu erklären, womit die Unionsbürgerschaft und ihr konkreter Nutzen für die Unionsbürger in den Vordergrund gerückt werden;

Or. en

Änderungsantrag 442

Monika Flašíková Beňová, Renate Weber

**Entschließungsantrag
Ziffer 45 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Informationen zum Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz zu verbreiten; fordert die Mitgliedstaaten auf, aktiv zusammenzuarbeiten, um den Schutz der Unionsbürger außerhalb der Europäischen Union, auch in Krisenzeiten oder im Fall von Katastrophen, zu gewährleisten;

Or. en

**Änderungsantrag 443
Tatjana Ždanoka**

**Entschließungsantrag
Ziffer 45 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Informationen zum Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz zu verbreiten; fordert die Mitgliedstaaten auf, aktiv zusammenzuarbeiten, um den Schutz der in der EU ansässigen Personen außerhalb der Europäischen Union, auch in Krisenzeiten oder im Fall von Katastrophen, zu gewährleisten;

Or. en

**Änderungsantrag 444
Renate Weber, Sophia in 't Veld, Gianni Vattimo, Sonia Alfano**

**Entschließungsantrag
Ziffer 45 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45a. fordert die Kommission auf, die Grundrechteagentur zu beauftragen, einen jährlichen Bericht über die Lage der Medienfreiheit und des Medienpluralismus in der Europäischen Union vorzulegen;

Or. en

**Änderungsantrag 445
Mariya Gabriel**

**Entschließungsantrag
Ziffer 45 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45a. fordert die Mitgliedstaaten auf, Informationskampagnen zu entwickeln, die die aktive Teilhabe der Bürger im Rahmen von Bürgerinitiativen und unter Ausübung ihres Petitionsrechts fördern;

Or. fr

**Änderungsantrag 446
Kinga Göncz**

**Entschließungsantrag
Ziffer 45 a (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45a. fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, die Öffentlichkeit weiter für die Bürgerinitiative zu sensibilisieren, ein Instrument der direkten Demokratie mit dem Ziel der Verbesserung der demokratischen

Änderungsantrag 447

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 45 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45b. betont, dass wirksame Informationskampagnen auf den Weg gebracht werden müssen, um die mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte unter jungen Menschen besser bekannt zu machen, z. B. die Einführung eines „Programms zur aktiven Unionsbürgerschaft“ in Schulen und Universitäten;

Or. en

Änderungsantrag 448

Renate Weber, Sophia in 't Veld

Entschließungsantrag

Ziffer 45 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45b. ist tief besorgt über die Lage von Gefangenen in der Europäischen Union; fordert die Kommission, den Rat und die Mitgliedstaaten auf, gemeinsam mit dem Europarat und dem Komitee zur Verhütung von Folter Vorschläge vorzulegen, mit denen sichergestellt wird, dass die Rechte der Gefangenen beachtet und die Wiedereingliederung in die Gesellschaft gefördert wird; fordert die Umsetzung der Forderungen in seiner Entschließung vom 15. Dezember 2011¹

zu den Haftbedingungen in der Europäischen Union und insbesondere eine Legislativinitiative zu den gemeinsamen Mindeststandards der Haft in der Europäischen Union und einen angemessenen Überwachungsmechanismus;

¹ P7_TA(2011)0585.

Or. en

Änderungsantrag 449
Mariya Gabriel

Entschließungsantrag
Ziffer 45 b (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45b. fordert die Mitgliedstaaten auf, Informationskampagnen zu entwickeln, die die aktive Teilhabe der Bürger in der Ausübung ihres Rechts fördern, sich mit einer Beschwerde an den Europäischen Bürgerbeauftragten wegen eines Missstands in der Verwaltungstätigkeit einer Einrichtung oder eines Organs der EU zu wenden;

Or. fr

Änderungsantrag 450
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 45 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45c. begrüßt die Entscheidung, das Jahr 2013 zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger zu erklären, und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass

Informationskampagnen über die Unionsbürgerschaft und den damit verbundenen Rechten durchgeführt werden;

Or. en

Änderungsantrag 451
Renate Weber, Sophia in 't Veld, Gianni Vattimo

Entschließungsantrag
Ziffer 45 c (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45c. fordert die Stärkung der demokratischen und gerichtlichen Kontrolle der Geheimdienste auf einzelstaatlicher Ebene, die extrem dringend und notwendig ist, wie ihre Beteiligung an außerordentlichen Überstellungen, CIA-Flügen und -Gefängnissen sowie jüngste besorgniserregende Ereignisse u. a. in Deutschland und Frankreich gezeigt haben; fordert die EU auf, ihre Kontrolle der Zusammenarbeit dieser Agenturen auf europäischer Ebene zu verstärken, auch durch Einrichtungen der EU, und zwischen diesen und Drittstaaten;

Or. en

Änderungsantrag 452
Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag
Ziffer 45 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45d. unterstreicht die Notwendigkeit einer schnellen Reform des Wahlsystems des Europäischen Parlaments, so dass die

aktive Teilhabe der Unionsbürger an der Arbeit der EU gesichert wird;

Or. en

Änderungsantrag 453

Renate Weber, Sophia in 't Veld, Gianni Vattimo, Sonia Alfano

Entschließungsantrag

Ziffer 45 d (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45d. ist besorgt über Vorkommnisse unverhältnismäßiger Unterdrückung durch die Polizei der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen und Demonstrationen, wie durch das jüngst ergangene italienische Urteil zu den Ereignissen im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel in Genua und durch andere Berichte nichtstaatlicher Organisationen, Bürger und Medien in vielen EU-Mitgliedstaaten bestätigt wurde, fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die demokratische und gerichtliche Kontrolle der Strafverfolgungsbehörden und ihres Personals gestärkt wird, die Rechenschaftspflicht gesichert ist, und dass Straflosigkeit keinen Platz in Europa hat, insbesondere in Fällen von Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung;

Or. en

Änderungsantrag 454

Monika Flašíková Beňová, Tatjana Ždanoka, Renate Weber

Entschließungsantrag

Ziffer 45 e (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45e. fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, die Öffentlichkeit weiter für die Bürgerinitiative zu sensibilisieren, ein Instrument der direkten Demokratie mit dem Ziel der Verbesserung der demokratischen Funktionsweise der Union;

Or. en

Änderungsantrag 455

Renate Weber, Sophia in 't Veld, Gianni Vattimo

Entschließungsantrag

Ziffer 45 e (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45e. fordert, dass die Würde des Menschen auch am Ende des Lebens geachtet wird, insbesondere durch die Garantie, dass in Testamenten ausgedrückte Entscheidungen anerkannt und respektiert werden;

Or. en

Änderungsantrag 456

Renate Weber, Graham Watson, Sophia in 't Veld, Gianni Vattimo

Entschließungsantrag

Ziffer 45 f (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45f. ist der Ansicht, dass die gegenwärtige Drogenpolitik ihre Ziele nicht erreicht hat, und dass der derzeitige prohibitionistische Ansatz, der auf Kriminalisierung und Gefängnisstrafen beruht, zu Stigmatisierung und

Ausgrenzung führt; fordert die Überarbeitung der Gesetze und Politikansätze in Bezug auf Drogen auf einzelstaatlicher, europäischer und internationaler Ebene auf der Grundlage eines neuen alternativen Ansatzes auf der Basis der Grundrechte, der medizinischen Versorgung und der Schadensminimierung;

Or. en

Änderungsantrag 457

Renate Weber, Sophia in 't Veld, Sonia Alfano, Gianni Vattimo

Entschließungsantrag

Ziffer 45 g (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45g. ist weiterhin über die Lage in Ungarn besorgt, insbesondere in Bezug auf die neue Verfassung, die Regierungskontrolle über die Medien und die Justiz, die Beschränkungen der Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender-Personen und Intersexuellen und der Meinungsfreiheit, die Diskriminierung religiöser Gruppen sowie der Roma und anderer Minderheiten, die Kriminalisierung von Obdachlosen, die Lage im Bildungssystem und die Maßnahmen in Bezug auf Studenten, die Zunahme des Extremismus, des Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit, des Antisemitismus wie auch in Bezug auf die zunehmenden Spannungen mit Nachbarstaaten;

Or. en

Änderungsantrag 458

Gianni Vattimo

**Entschließungsantrag
Ziffer 45 h (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45h. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Flüssigkeiten betreffende Regeln sowie die Ganzkörper-Scannern abzuschaffen oder die entsprechenden Regeln zu überprüfen, und fordert die Kommission auf, Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten einzuleiten, die Vorschriften der EU verletzen, die die Grundrechte der Bürger in dieser Angelegenheit schützen;

Or. en

**Änderungsantrag 459
Gianni Vattimo**

**Entschließungsantrag
Ziffer 45 i (neu)**

Entschließungsantrag

Geänderter Text

45i. fordert die Organe der EU und die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Grundrechte, die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und der Grundsatz des Säkularismus und der staatlichen Neutralität vor fundamentalistischen religiösen Ansichten geschützt wird; fordert, dass diese Werte in den Beziehungen zu religiösen Gemeinschaften bewahrt werden und Diskriminierung bei der Behandlung unterschiedlicher von Staat anerkannter Religionen überwunden wird; ist besorgt in Bezug auf den Gebrauch der diplomatischen Immunität durch den Heiligen Stuhl in Bezug auf Fälle von Pädophilie, die mangelnde Zusammenarbeit in anderen gerichtlichen Fällen wie die dubiosen

Finanzoperationen seiner IOR in Bezug auf Geldwäsche, das Verschwinden von Emanuela Orlandi und das Schicksal derer, die im Zusammenhang mit dem sogenannten „Vatican leaks“ inhaftiert wurden; fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, in diesen Angelegenheiten tätig zu werden;

Or. en